

**Zeitschrift:** Das Konzept : die Monatszeitung  
**Herausgeber:** Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS  
**Band:** 3 (1974)  
**Heft:** 3

**Heft**

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 09.01.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Konzept

Auflage dieser Nummer 24 000  
Preis Fr. 1.20

Redaktion: Pierre Freimüller, Ruedi Küng,  
Rolf Nef, Beat Schweingruber

Redaktions- und Verlagsadresse: Rämistrasse  
66, CH-8001 Zürich, Telefon 0 (01) 47 75 30

Abonnemente: Jahresabonnement  
Inland Fr. 12.—, Ausland Fr. 14.—  
Bestellungen beim Verlag

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmat-  
quai 94, 8023 Zürich, Tel. 0 (01) 47 34 00

## Agitation vom EMD

Roger Anderegg gliossiert das neue  
«offensiv» Seite 3

## Wer im Glashaus sitzt...

25 Thesen von Konrad Farner zum  
Fall Soltschenizyn Seite 4

## Geülte Gewinne für die Trusts

Die sogenannte «Oelkrise» trägt  
dazu bei, dass die ärmsten Länder  
noch ärmer werden Seite 6

## Das heimliche Imperium der Gnomen

Die Schweiz wird zunehmend zum  
wirtschaftlichen Wasserkopf der  
Welt Seite 9

## Marksteine auf dem Weg zur «Hochschule Schweiz»

Eine rationale Bildungs- und Wis-  
senschaftspolitik drängt sich auf  
Seite 11

Einem Teil dieser Ausgabe liegt ein Pro-  
spekt für «Meyers Enzyklopädisches Lexi-  
kon» bei.

## Missglückter Auffangversuch

«In erster Linie ist die Frage zu erör-  
tern, ob die 18- bis 20jährigen für die  
Ausübung des Stimm- und Wahlrechts  
schon «reif genug» seien. Unter «Reife»  
kann dabei verstanden werden, dass  
der Stimmberechtigte seine Entschei-  
dungen darauf ausrichtet, wie er für  
sich und seine Familie möglichst kon-  
stante, günstige Lebensverhältnisse  
schaffe, das einmal Erreichte kei-  
ner vermeidbaren Gefährdung aussetze  
und den tatsächlichen Bedürfnissen der  
Allgemeinheit so gut wie möglich  
Rechnung trage. Es liegt auf der  
Hand, dass die Minderjährigen von die-  
sem Idealbild abzuweichen pflegen, da  
beraten stärker die Neigung besteht,  
abstrakten Idealen nachzugehen, die  
für deren Erreichung nötigen Opfer zu  
vernachlässigen und die Probleme der  
Realisierbarkeit zu übergehen.» Diese  
plumpen Weisheiten entstammen nicht  
etwa einem geistigen Amoklauf eines  
pensionierten Erziehungsheimdirektors,  
sondern dem «Beleuchtenden Bericht»  
des Zürcher Regierungsrates zur Vor-  
lage einer Verfassungsänderung, mit  
der das aktive Stimm- und Wahlrecht  
im Kanton Zürich auf 18 Jahre hätte  
herabgesetzt werden sollen.

Der zumindest pervertierte Reifebe-  
griff der Zürcher Exekutive lässt einem  
die Haare zu Berge stehen: Reif ist  
also in ihren Köpfen, wer das einmal  
Erreichte keiner vermeidbaren Gefähr-  
dung aussetzt. Besser könnte man ein-  
gefeichteten Konservatismus nicht defi-  
nieren. Abgesehen davon ging es den  
Zürcher Kantonsräten mit ihrer Em-  
pfehlung zur Annahme der Vorlage wohl  
keum um das Einbringen einer bisher  
sprach- und machtlosen Gruppe der  
Gesellschaft (von Minderheit zu reden  
wäre hier schon vermessen) in die de-  
mokratische Auseinandersetzung,  
sondern vielmehr darum, «dass die opposi-  
tionelle Haltung mancher Teile unserer  
Jugend gegenüber den staatlichen Ein-  
richtungen auf diese Weise abgebaut  
und zugleich das staatsbürgerliche In-  
teresse gefördert werden können». Aus  
diesem Satz klingt zuviel vom regie-  
rungsrechtlichen Bogen um die Abiech-  
nung eines wachsenden Teils der  
Jugend gegenüber dem etablierten  
Machtgefüge (mit der er sich zum Teil  
selbst konfrontiert sieht, man denke  
nur etwa an die von Erziehungsdirektor  
Alfred Gilgen inspirierten Schülerelek-  
tschüsse), um seinen Drang nach ge-  
sellschaftspolitischer Veränderung, als  
dass man nicht merken würde, wie

sehr der Regierungsart jede Politisie-  
rung der Jugend ablehnt – eine Politi-  
sierung, von der einmal gesagt werden  
muss, dass sie kein Schreckgespenst ist,  
sondern eine Grundvoraussetzung jeder  
echten Demokratie.

Da fällt es schon leichter, die Jugend  
des mangelnden Realismus – eine Politi-  
sierung, von der einmal gesagt werden  
muss, dass sie kein Schreckgespenst ist,  
sondern eine Grundvoraussetzung jeder  
echten Demokratie.

Seine Lebenserfahrung diktierte dem  
Regierungsrat auch, dass die Demo-  
kratie davon lebe, «dass der Einzel-  
und Gruppenegoismus der Stimmbürger  
im entscheidenden Moment seine ver-  
nünftigen Schranken findet». Die Lehre  
war offensichtlich falsch. Ueber das  
Wochenende vom 16./17. März verwarfen  
die Zürcher Stimmbürger nach den  
jüngeren der Kantone Basel-Stadt,  
Basel-Land, Schaffhausen und Genf  
das «Wahlalter 18» wuchtig mit  
213 000 gegen 69 000 Stimmen. Wie  
beim Frauenstimmrecht wird auch die  
Jugend darauf warten müssen, dass ihr  
ihre demokratischen Rechte von einer  
stets mehr überalterten Stimmbürger-  
schaft gnädig zugestanden werden.  
Denn pikanterweise hätten die 18- bis  
20jährigen nicht einmal genügt, um die  
Zunahme der über 70jährigen zu kom-  
pensieren.

Wer weiss, vielleicht verliert sie bis  
zu jenem Zeitpunkt restlos jeden Glauben  
an die Abstimmungsdemokratie.

Pierre Freimüller

Die Seuche der profitträchtigen und problemgeladenen Einkaufszentren (I)

## Die grünen Konsumenten

Nach den grünen Siedlungen mit ihren grünen Witwen  
und grünen Kindern hat unsere Gesellschaft nun auch  
noch die grünen Konsumenten hervorgebracht. Zwischen  
tröstlichen Vorortssiedlungen werden ebenso  
tröstliche Verkaufsmaschinen achlos auf die grüne  
Wiese gestreut. Sie lauern nicht nur auf die aus den  
unwohnlich werdenden Städten Vertriebenen, die in  
ihren eintönigen Betonansammlungen kaum einen Laden  
finden. Ihre gutbezahlten Werbegeber locken mit  
tausend Zuckerlein auf die Stadtbewohner aus den  
traditionsreichen, gewachsenen und vielfältigen Stadt-

kernen hinaus ins Paradies der konsum- und profitför-  
dernden Ersatzlandschaft. Mit dem Auto, versteht sich.  
Die Peitsche wird erst viel später niedersausen, als Ab-  
bruchhammer vielleicht auf den unrentabel gewordenen  
Quartierladen, auf das alte Wohnhaus, das dem Ver-  
kehrsstrom zum Shopping-Center im Weg steht. – In  
dieser Nummer werden Ausmass und Folgen des Ein-  
kaufszentrenbooms untersucht. In einem zweiten Teil  
werden wir die wirtschaftlichen Hintergründe beleuchten  
und über Gegenbestrebungen berichten.

Beat Schweingruber

Eine Konsumgüterversorgung auf der  
Basis der Vollmotorisierung werde spä-  
testens in zwei Jahren als vollkom-  
men blödsinnige Bieridee anerkannt  
sein, sagte der Zuger CVP-Baudirektor  
Alois Hürlimann Ende 1973. Die sich  
lawinenartig ausbreitende Flut von  
Shopping-Center-Projekten bezeichnete  
er als keine Art eigenössischen Ver-  
hältnisblödsinn. Der freisinnige Bun-  
desrat Brugger gab ein Jahr zuvor dem  
Ständerat zu bedenken, dass diese Zentren  
unabsehbare Folgen für das  
Leben in den Quartieren hätten.

Planer und Architekten warnen vor  
zusätzlichen Verkehrslebewirren, vor der  
kalten Umgehung planerischer Leitbilder,  
ja vor dem Zerfall der Städte nach dem  
amerikanischen Muster.

Was kommt auf uns zu? Eine Welle  
von vielleicht 60 überdimensionierten  
Einkaufszentren, meist ausserhalb der  
Siedlungen im freien Gelände, mit einer  
totalen Verkaufsfläche von 1,2 bis 1,8  
Mio. qm (das entspricht etwa 600 grossen,  
heute üblichen Migros-Märkten),  
was für eine zusätzliche Einwohnerzahl  
von 10-20 Mio. ausreichen würde; dazu  
rund 150 000 Autoparkplätze, die gegen  
4 qkm Boden bedecken und täglich  
über eine Million Verkehrsbewegungen  
versuchen würden. Das kommt auf  
uns zu.

### Rosinen an den Autobahnanschlüssen

Diese profitträchtigen Verkaufsmas-  
chinen werden sich nicht schön über  
das ganze Land verteilen, sondern an  
verkehrsstrategisch günstigen Punkten  
konzentriert Kaufkraft abstrahlen.  
Allein im kleinen Kanton Zug liegen  
Projekte für acht Zentren mit insge-  
samt 58 000 qm Verkaufsfläche vor.  
Heute stehen den 70 000 Einwohnern  
41 000 qm Ladenfläche zur Verfügung  
– und die Zuger sind nicht eben unter-  
versorgt.

Das überdimensionierte Angebot in  
wenigen Grossmärkten wird – falls ihm  
ein Grossteil der Konsumenten Folge

leistet – der bisherigen Versorgung in  
den Dörfern und Quartieren die Basis  
entziehen. Und dass die Konsumenten  
an den rechten Ort hinpilgern, dafür  
sorgt eine massive Public-Relations- und  
Propagandawelle. Im Kampf um den  
Kunden gewinnt der finanziell Stär-  
kere, der wirtschaftlich Mächtigere.  
Das eherne Gesetz des freien Marktes,  
das immer mehr zum Faustrecht ausartet.  
(In der zweiten Folge dieser Unter-  
suchung werden die mächtigen Finanz-  
gesellschaften, die hinter den neuen  
Zentren stehen, noch näher durchleuchtet.)

Hier wie in andern Bereichen stellt  
sich allerdings bald die geflügelte  
Frage nach der «Zerstörung der Markt-  
wirtschaft durch ihre Anhänger». Die  
ökonomischen Zwänge eines auf Expan-  
sion und Profitmaximierung beruhen-  
den Systems müssen früher oder  
später in die Krise führen wie auf den  
Sektoren des Verkehrs, der Energie,  
der Umweltbelastung usw.

### Vorprogrammierte Verhaltenswänge

In der Diskussion um die Einkaufs-  
zentren geht es bei weitem nicht bloss  
um einen Strukturwandel und Konzen-  
trationsprozess im Warenverteilungssystem.  
Es geht letztlich darum, dass unsere  
Lebensgestaltung einschneidend und zu  
unserem Nachteil verändert wird. Wenn  
sich das feinmaschige Netz von Verteil-  
stellen erst einmal aufgelöst hat,  
dann werden wir gezwungen sein, uns  
motorisiert in stereotype, erlebnisarme  
und anonyme Einkaufs-Geschwüre zu  
begeben, die undifferenziert auf die  
mobile, konsumorientierte Durch-  
schnittsfamilie zugeschnitten sind, deren  
Bedürfnisse durch raffinierte Wer-  
bung wiederum auf das Angebot einer  
kühl berechnenden Verkaufsindustrie  
ausgerichtet werden.

Der vorausprogrammierte Verhal-  
tenszwang wird dann auch jene erfassen,  
die sich bis jetzt dagegen gestraubt  
haben. Gesellschaftliche

«Randgruppen» werden das Nachsehen  
haben: dazu gehören die Nichtauto-  
mobilisten, die ans Heim gebundenen  
Hausfrauen, die Betagten, die Behinder-  
ten, die Bewohner abgelegener Gebiete  
und nicht zuletzt die Kinder, denen die  
für ihre Entwicklung notwendige Man-  
nigfaltigkeit von Erlebnissen, Anreizen  
und Betätigungsmöglichkeiten ohnehin  
durch die sich entmischenden Siedlung-  
en immer mehr verlohreht.

Sorgfältig geplante Siedlungskerne,  
welche den Bewohnern ein ansehnliches  
Mass an Wohnlichkeit und Lebensqualität  
sichern können, kommen nicht zum  
Fragen, weil die überaus wichtige  
Aktivität des Einkaufens willkürlich auf  
eine nach Renditeüberlegungen  
ausgewählte, von allen übrigen

### Die Werbetrommel

«Die PR-Massnahmen geben dem  
Zentrum das gewünschte Image,  
hier werden die Vorteile, wie  
Abendverkauf, Gratisparkplatz,  
alles unter einem Dach, angeprie-  
sen...»

«Im Zentrum sollte immer etwas los  
sein, denn besondere Veranstaltun-  
gen und Aktionen bringen Kunden  
ins Haus. Es kann sich um Wett-  
bewerbe für Kinder und Erwach-  
sene, Modeschauen, Länderwochen,  
Auto- und Bootschauen, Einladun-  
gen von Spitzensportlern usw. han-  
deln...»

«Für verschiedene derartige Aktio-  
nen ist die Zusammenarbeit mit  
den Behörden und lokalen Gruppen  
notwendig, wobei nie vergessen  
werden darf, dass kommerzielle  
Gedanken und nicht das Gemein-  
wohl im Vordergrund zu stehen  
haben...»

(Dr. F. C. Frey, Konsultant für  
Shopping-Center- und Immobilienfragen)

gen Funktionen losgelöste grüne Wiese  
verlegt worden ist.

### Mahnendes Beispiel aus den USA

In den USA, dem Land, von dem wir  
soviel lernen können, was man nicht  
machen darf, hat es sich gezeigt, dass  
Städte durch sinnwidriges und verant-  
wortungsloses Verhalten grosser Unter-  
nehmungen völlig ruiniert werden können.  
Einer der Faktoren, die zu physi-  
schen, wirtschaftlichen, kulturellen und  
sozialen Zersetzungserscheinungen in  
den amerikanischen Städten geführt  
haben, ist die Errichtung superlativ-  
grosser, einem einzigen Wirtschaftsinter-  
esse dienender Zentren in der  
Region der Städte.

Als unfunktionelle Zentren haben  
die grossen regionalen Einkaufszentren  
hierbei eine entscheidende Rolle  
gespielt. Sie wurden in solchen Grössen  
und in solcher Anzahl gebaut, dass sie  
einen weiteren Beitrag zur Zersiedlung  
leisteten und die inneren Stadtgebiete  
in jeder Hinsicht schwächten, dass diese  
zu «Geisterstädten» wurden. Als  
Folgeerscheinungen ergaben sich  
öffentliche Unsicherheit, Kriminalität  
und physischer und kultureller Verfall.

Dabei ist noch zu berücksichtigen,  
dass europäische Städte bezüglich falscher  
Stadtentwicklung viel anfälliger  
sind als amerikanische. Sie weisen  
wesentlich grössere Bevölkerungsdich-  
ten auf und haben ihrer langen Ge-  
schichte und ihrer urbanen Tradition  
wegen viel höhere Werte zu verlieren  
als die bedeutend jüngeren amerikani-  
schen Städte.

### Expansionsdrang und Autowelle

Wie kam es überhaupt zu diesen  
Verkaufsbällen? Ursprünglich ge-  
nossenschaftliche Bewegungen wie  
Coop und Migros hatten sich zu mächtigen  
Verteilerorganisationen emporgeschwungen  
und hatten als solche die teilweise  
durchaus positive Funktion von  
Preisdrückern.

In den sechziger Jahren begannen  
sich in- und ausländische Warenhaus-  
konzerne – getrieben durch den dem  
kapitalistischen Wirtschaftssystem  
innewohnenden Zwang zur Expansion –  
nach grösseren Stücken im Kuchen  
des Detailhandels umzusehen. Auch  
anderweitig hatten einige gewitzte und  
bewegliche Managertypen die in Ame-  
rika vorgezeichnete Chance erkannt,  
dank dem Versagen bzw. Fehlen von  
Siedlungs- und Verkehrsplanung mit  
neuen Verkaufsmethoden einen gewissen  
Beutezug auf die gestiegene Kaufkraft  
bestimmter Volksschichten zu unter-  
nehmen.

Die zügellose Motorisierungswelle  
ging ungehemmt vonstatten, unter-

stützt von einer werbekräftigen Autoin-  
dustrie und technologischen Verkehrs-  
planern. Die Städte als traditionelle  
«Einkaufszentren» litten unter stets  
hoffungsloseren Verkehrsstopfen  
und unter wachsender Parkplatznot.

### «Mono-Märkte» und «Multi-Zentren»

Es lag daher auf der Hand, neue Ein-  
kaufsmöglichkeiten ausserhalb der  
«überlasteten» Stadtkerne zu erstellen  
und mit grossen Parkplätzen zu versehen.

Nebst dem Zwang zur Expansion  
gibt es in unserer Wirtschaftsordnung  
noch einen Konzentration. Deshalb  
wurden von Anfang an viel grössere



74.188.076  
**Marlboro**  
Freiheit und Abenteuer



Markt auf dem Berner Bundesplatz



Verbrauchermarkt Waro in Volketswil

Sollen sterile Gebilde auf der grünen Wiese das Einkaufen in der lebendigen Ambiance der Stadt ersetzen?

Dimensionen angestrebt als bisher üblich. So entstand 1969 als einer der ersten der Verbrauchermärkte...

Als «Pionier» und Exponent der zweiten Variante, die mehr auf die Bilanzen der bestehenden Grossvertriebler und Warenhäuser bedacht ist...

Der Weg zum Erfolg ...

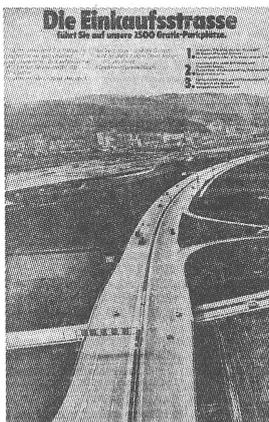
Das Geschäft bzw. die Geschäfte blühen. Die Umsätze steigen so kontinuierlich wie der Konsumindex...

Welches ist das Erfolgsrezept? Eines wurde bereits erwähnt: das Auto. Allein zwischen 1965 und 1970 sind 500 000 neue Personenkraftwagen...

... ist eine Autobahn

Die Innenstädte leiden unter Verkehrsräumnot und sind bis zum Verkehrsinfrakt belastet. Man bietet also dem Kunden in günstiger und anfänglicher problemloser Verkehrslage einen riesigen Gratisparkplatz an...

Der immense Flächenbedarf und der Zwang, zur Hochhaltung der Rendite möglichst billiges Land zu nehmen...



Shopping Center Spreitenbach

Die Autobahn als Schnur, an der die Profitperlen des autogerechten Grossvertrieblers aufgehängt werden. (An der N1 gibt es kaum eine Ausfahrt, wo nicht ein bis drei grosse Verbrauchermärkte gebaut bzw. geplant sind.)

striell gefertigten Grossüberbauungen irgendwo hinplanzen muss (vgl. akzeptiert vom Nov. 73, Bauland ist nicht Bauland).

So grosses Bauland gibt es in den Siedlungsgebieten kaum mehr und billig schon gar nicht. In Analogie zum Generalunternehmer (z.B. Göhner in Volketswil und anderswo) bleibt dem Shopping-Center-Initianten nicht viel anderes übrig...

Land zu kaufen und es dann umzonnen zu lassen. Das ist denn auch in zahlreichen Fällen mehr oder weniger sauber vorstatten gegangen...

die Folgen spüren, allerdings reuig über ihren scheinbar mutigen Entscheid.

Die Einkaufszentren sind also primär auf den privaten Autoverkehr ausgerichtet. Dies zeigt etwa die folgende Aufstellung der Kundenströme in Spreitenbach (pro Tag):

- 11 500 = 76% mit Personenkraftwagen
2800 = 18% mit öff. Verkehr
800 = 6% Fussgänger

In Zentren ohne öffentlichen Verkehrsanschluss wie etwa Pizol-Park/Sargans erhöht sich der Anteil Personenkraftwagen bis 90%.

It's shopy-time ...

Da nun aber trotz Auto die Fahrt zum Center viel mehr Zeit in Anspruch nimmt als der Gang zum (fehlenden) Laden an der Ecke...

Auf diese Weise verlagern sich die für Einkäufe in Frage kommenden Tageszeiten nach folgendem Schema:



Das obere Schema gilt für die Arbeitstage Montag bis Freitag, das untere für den freien Samstag.

Entsprechend haben die Einkaufszentren ihre Öffnungszeiten orientiert. So sind sie fast durchweg auf Abendverkauf eingestellt, bis 20 oder 21 Uhr...

In Spreitenbach zum Beispiel werden über 30% des Tagesumsatzes zwischen 18 und 20 Uhr getätigt, über die Hälfte zwischen 17 und 21 Uhr.

Die unsanften Verführer

Bei einem Bestand von Einkaufszentren selbst, die den Kunden ihren Rhythmus aufzwingen; man überlege sich einmal, welcher berufstätige Mensch zu einer normalen Zeit in einem Shopping-Center einkaufen könnte...

● Damit wäre auch der vierte und zunehmend wichtige Punkt bereits angebracht: das Argument des «Konsumplauschs». Jeder möchte ins Paradies, aber nicht jeder weiss, wo es liegt.

● Aber auch günstige Verkehrslage, Parkplätze, Möglichkeit des Abendverkaufs, Bequemlichkeit werden als Kundenfang verwendet. Da machen sich die Geschäftsmacher die ungenutzte Infrastruktur der Stadtzentren zunutze...

Das «Einkaufsparadies» (Werbung für Spreitenbach) ersetzt das verlorene Paradies, sprich das tatsächliche Vergnügen, das einem ein Leben geben könnte...

Barbara Stein

Verteilformen

Supermärkte

Selbstbedienungsläden, 300-600 qm Verkaufsfläche, mit möglichst umfassendem Sortiment für den Alltag...

Verbrauchermärkte

Grossflächige Selbstbedienungsläden, 2000-10 000 qm, relativ breites Angebot, meist zu Discountpreisen.

Einkaufszentren (Shopping-Centers)

Gebilde, die unter einem Dach verschiedene Detail- und Spezialgeschäfte, Grossvertriebler und zum Teil Warenhausfilialen sowie gewisse Dienstleistungen (Bank, Fitness-Center, Post usw.) vereinigen...

signen Parkplätzen für 2000-3000 Personenkraftwagen umgeben.

Die Standorte

Supermärkte und Discounters liegen zwar in der Regel innerhalb der Siedlungsgebiete, aber häufig doch nicht da, wo sie vom siedlungspolitischen und planerischen Gesichtspunkt aus wünschenswert wären...

Die Verbrauchermärkte sind durchwegs völlig isoliert von den Siedlungen irgendwo ausserhalb, an verkehrstechnisch ausgezeichneten Lage (Knotenpunkt, Autobahnausfahrt) auf möglichst billigem Boden.

Kleinere Einkaufszentren befinden sich oft und gewollt im effektiven Siedlungszentrum (sogenannt «integrierte Zentren»). Die grossen hingegen sind wie die Verbrauchermärkte auf der grünen Wiese anzutreffen.

Die grossen Probleme wie übermässiges Verkehrsaufkommen, Benachteiligung sozialer Schichten, Schwächung der Siedlungszentren usw. werden in erster Linie die nicht integrierten Gebilde auf dem freien Feld auf. Mit diesen isolierten Konsumballungen setzt sich der vorliegende Artikel auseinander.

Profiteure unter sich

Die Public-Relations-Männer der grau-grünen Einkaufszentren pflegen in ihrer selbstlosen Art diese Zahlen stets so auszulagern, dass sie, die Verkaufsführer, eben die vorhandenen Bedürfnisse befriedigen. Dass die zitierten Bedürfnisse eben gerade durch die verantwortungs- und sinnlose Isolierung des Einkaufens von allen übrigen menschlichen Aktivitäten und urbanen Zusammenhängen erzeugt werden, übersehen die Herren grosszügig.

Natürlich sind die Initianten der Einkaufszentren nicht allein schuld an diesem Trend, der sich zum Teufelskreis geschlossen hat. Ebenso beteiligt sind die Erbauer der von den Kernstädten isolierten grünen Vorortssiedlungen, deren fehlende Infrastruktur die Bewohner ständig auf Wanderschaft bzw. Penderschaft schiebt.

Der Haken ist allerdings der, dass die ersten oft mit dem zweiten identisch sind oder ihnen zumindest den Bauauftrag erteilen. Die Generalunternehmer Göhner AG und Horta AG z.B. betreiben selbst solche Zentren und haben Dutzende ausgeführt. So wäscht eine Hand die andere und manchmal auch sich selbst.

Jede Sekunde ein Auto

Die negativen Auswirkungen des ganzen Shopping-Center-Booms sind nun schon verschiedentlich angeführt worden. Es lohnt sich aber, einige

davon noch genauer unter die Lupe zu nehmen.

Am augenfälligsten stellt sich das Verkehrsproblem, 1972 wurden 2,5 Mio. Autos mit durchschnittlich 2,4 Personen nach dem 25 000-qm-Zentrum Spreitenbach gesteuert. Das ergibt für einen einzigen gewöhnlichen Samstag stattliche 12 000-16 000 Fahrzeuge!

Oder wenn etwa die 3000 Parkplätze des entstehenden Mammutzentrums Glatt bei Wallisellen am Abend nach Ladenschluss innerhalb einer Stunde geräumt werden sollen, so müsste jede

Pro 100 qm Verkaufsfläche benötigt ein Einkaufszentrum rund 10 Parkplätze. Ein Parkplatz frisst brutto 25 qm Bodenfläche und verursacht pro Tag 8-10 Verkehrsbewegungen.

Sekunde ein Fahrzeug wegrollen können... Schlichter Frage: Sind unsere Nationalstrassen, teilweise mit allgemeinen Steuergeldern gebaut, nationale Verbindungen oder «Einkaufsstrassen»?

Angesichts solcher Verhältnisse klingt der Werbespruch, man solle zum Einkaufen dem Verkehrsinfarkt der Innenstadt entfliehen, etwas zynisch. Der Infarkt hat nur einen Bruder bekommen: Wie viele Wohnungen werden durch den unablässigen Lärm zu Neurosequellen? Oder: Wie viele Tonnen

konzept

Herausgegeben von der Redaktion des «Zürcher studenten», in Zusammenarbeit mit dem Verband der Schweizerischen Studentenschaften.

Er erscheint monatlich an allen Hochschulen, Technika, Lehrerseminarien, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auf dieser Nummer 24 000. Uebrigere Nummern 37 000.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz, Telefon 0 (01) 47 35 30, Postschekkonto: 80-37626.

Redaktion: Pierre Freimüller, Ruedi Kung, Rolf Nef, Beat Schweingruber. Die im «konzept» erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. 0 (01) 47 34 00, Telex 55 235.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich; Telefon (01) 39 30 30.

Redaktionsschluss: 5. April 1974. Inseratenschluss: 16. April.

BUCHSONDERANGEBOT

Bücher, die wir besonders empfehlen können, verlagsneu, aus Restauflagen, zu stark reduzierten Preisen:

- Neumann, Erich, Der schöpferische Mensch. Eine tiefenpsychologische Zusammenfassung über das schöpferische Wesen des Menschen. 309 S., Rhein-Verlag Zürich, früher ca. Fr. 22.— jetzt Fr. 10.90
Glasenapp, Helmuth von, Die Weisheit des Buddha. Mit Namen- und Sachverzeichnis. 230 S., früher Fr. 17.30 jetzt Fr. 9.50
Govinda, L. A., Die psychologische Haltung der frühbuddhistischen Philosophie. Ein umfassender Bericht über die Entwicklung des Buddhismus von den frühesten Anfängen. 278 S., mit zahlr. Diagrammen und Tabellen, Register, früher Fr. 32.10 jetzt Fr. 13.30
Sellmann, Kurt, Weltreich der Magie. 5000 Jahre Geheimen Kunst. 442 S., 236 ein- und mehrfarbige Abbildungen, Literaturverzeichnis, früher Fr. 52.30 jetzt Fr. 26.60
Pakradny T., Welt der geheimen Mächte. Mit Beiträgen von namhaften Fachleuten über Magie, Parapsychologie, Spiritismus, Graphologie, Astrologie, Farbsymbolik, Biorythmik, Yoga, Psychosomatik u. a. m. 872 S., Abb. und Farbfeldern, Register, früher Fr. 65.— jetzt Fr. 33.10

Aus der Serie Mythologien der Völker sind erhältlich: Römische Mythologie, Griechische Mythologie, Aegyptische Mythologie, Mexikanische Mythologie, Ozeanische Mythologie, Chinesische Mythologie, Indische Mythologie, Mythologie der Indianer. Jeder Band mit 142 S., 24 Farbfatafen, über 100 einf. Abb., Format 21x29 cm. jetzt Fr. 21.30

Bitte senden Sie mir gratis und unverbindlich Ihren Katalog «Verlagsneue Bücher zu reduzierten Preisen», der gegen 5000 Titel enthält.

Name: für Stud.-Rabatt-Abzug wichtig
Vorname: Student(in) der Fakultät
Strasse: Ort mit Plz.:
Datum: Unterschrift:

Bitte als Drucksache mit 15 Rp. frankiert einsenden an Buchhandlung Ernst, Abt. Versand, Buchholzstrasse 158, 8053 Zürich, Tel. (01) 53 06 31

Wir suchen einen Hochschulabsolventen (Richtung Handel, Gewerbe und Industrie) als

Assistent der Abteilung «Beschaffung und Produktion»

Sie bringen nebst Ihrem im Studium erworbenen Wissen noch technisches Verständnis mit und wünschen eine Aufgabe, die für Sie eine Herausforderung darstellt. Wir bieten Ihnen eine Anstellung

- als «Sprungbrett»
— mit guter Salärleistung
— mit ständig wechselnden Aufgaben (training on the job)
— mit Einblick in alle übrigen Abteilungen
— sowohl Stabs- wie auch Linienfunktion

Ihr Einsatz wird vom ersten Tag an praxisbezogen auf die Probe gestellt.

Unsere Firma ist eine auf dem diätetischen Sektor weltweit operierende Unternehmung und ist in der Schweiz vor allem durch die künstlichen Süsstoffe ASSUGRIN und HERMESSETAS bekannt.

Ihre Kurzbewerbung erbitten wir zuhander der Direktion. Bei telefonischer Kontaktaufnahme verlangen Sie bitte Herrn Schmid.

Hermes Süsstoff AG, Ankerstrasse 53, 8026 Zürich 4, Telefon (01) 39 67 77

Kohlenmonoxid produziert ein mittleres Einkaufszentrum in der schönen Natur draussen? (Weitere Fragen sind zu richten an den Vorsteher des Energiewirtschaftsdepartementes, die BFU oder an die örtlichen Unfallstationen.) Ein zweiter Hauptpunkt ist die Gefährdung des fein verzweigten Warenverteilungssystems. Es ist klar, dass in einer

Region die gesamte Ladenfläche nicht ungestraft verdoppelt oder verdreifacht werden kann, wenn der entsprechende Bevölkerungszuwachs fehlt. Gestraft werden zwar nicht die grossen und mächtigen Ladenketten, die den Angebotsüberhang schaffen, sondern die kleinen Läden ohne starken Hintergrund - das dürfte ebenfalls klar sein.

Konsum-Maschinen für 10 Millionen

Einkaufsroboter oder die unvollendete Liste von Fehlplanungen

(V = Verbrauchermarkt, SC = Shopping Center, i = in Siedlung integriert)

Table with columns: Ort, Bezeichnung, Typ, Inbetriebnahme, Träger/Vermieter, Verkaufsfäche in qm, Parkplätze, Einw. im mittleren Einkaufszentrum, Einw. im V.M., Einw. im S.C., Einw. im I.

Quelle: «werk» Nr. 73/74, «Bildung und Wirtschaft» Nr. 74/1, Röhler F., Detailhandel in der Schweiz, 73 Eigene Nachforschungen

Diese Liste enthält nur Zentren und Märkte, die mindestens 5000 qm Verkaufsfäche aufweisen. Eine vollständige Liste von bestehenden und geplanten Einkaufszentren existiert offenbar nirgends in der Schweiz. Die verwendeten Quellen enthalten teilweise widersprüchliche Angaben, insbesondere bezüglich Verkaufsfäche. Das kann von unterschiedlicher Anrechnungsart oder von Projektänderungen herrühren. Obige Liste ist also keineswegs vollständig. (Für Ergänzungen und Korrekturen ist die Redaktion jederzeit dankbar.) Fehlende Angaben über Parkplatzzahl kann man leicht nach der Formel Verkaufsfäche:10 abschätzen. Das mittlere Einkaufsgebiet umfasst in der Regel einen Umkreis von 15 bis 20 Minuten.

Manfred von Ardenne

Tabellen zur Angewandten Physik

Band III: Ausschnitte aus weiteren Bereichen der Physik und ihren Randgebieten. 1973. XXIX/1072 Seiten, 672 Abbildungen, 18,7x27 cm, Kunstleder, Fr. 331.80.

Dieser Wissensspeicher behandelt die Themenkomplexe: Mechanik, Wärmelehre, Optik, Photometrie und Photographie, Elektrotechnik, Magnetismus, Elektronik, Kernphysik und Informatik.

Besonderes Gewicht und entsprechenden Umfang erhielten, ihrer hohen Aktualität gemäss, die Kapitel Elektronik und Informatik, deren Bedeutung für die Industrie der DDR besonders gross ist. Andererseits enthält das Werk eine grosse Anzahl wichtiger und nützlicher, z. T. anderweitig kaum zugänglicher Daten, sei es auf dem Gebiet der Feinmechanik, der Photographie, der Starkstromtechnik u. a.

Ähnliche Literatur, auch in anderen Sprachen, ist in der vorliegenden Vielseitigkeit auf dem Weltmarkt nicht vorhanden.

Noch lieferbar!

- Band I: Elektronenphysik - Uebermikroskopie - Ionenphysik. 2. Auflage 1973, XXVI/800 Seiten, zahlreiche Abbildungen, 18,7x27 cm, Kunstleder, Fr. 146.-
Band II: Physik und Technik des Vakuums - Plasmaphysik. 2. Auflage 1973, XX/855 Seiten, zahlreiche Abbildungen, 18,7x27 cm, Kunstleder, Fr. 204.75

VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften DDR - 108 Berlin

Zu beziehen durch: Buchhandlung Genossenschaft Literaturvertrieb Cramerstrasse 2/Ecke Zweierstrasse, 8004 Zürich, Tel. (01) 39 85 12 und 39 86 11

Manipulierte Kaufkraftströme

Wenn in einem Quartier einmal ein genügend grosser Prozentsatz von Haushalten dazu übergegangen ist, den Grossteil ihrer Einkäufe mit dem Wagen im Super-, Maxi- oder Jumbo-Markt oder im Einkaufszentrum abzuwickeln, dann ist bald einmal für einzelne Quartierläden die Rentabilitätsschwelle unterschritten. Der Superwülfel und die sechs Eier, die man um viertel nach sechs noch dringend braucht, machen keinen Ladeninhaber satt.

In neuen Siedlungen und Quartieren wiederum verhindern die Verbrauchermärkte in der weiteren Umgebung das Entstehen von Detailläden oder Filialen von Grossverteilern, im Nabebereich im Raum Basel rechnet die Migros-Konzeption mit 4-6 MMM-Einheiten an den Einfaltstrassen zur City. Die «Kaufkraftströme» werden einerseits aus

Vom Leben und Sterben der Läden

Von 1960 bis 1971 ist in der Schweiz die Zahl der Verkaufsstellen des Lebensmittelhandels von 20 667 auf 15 573 zurückgegangen, wobei von diesem Schrumpfungprozess keineswegs Detailläden, sondern auch Filialen der Grossverteiler betroffen sind. Allein im Jahre 1972 wurden 783 Verkaufsstellen geschlossen, die grosse Mehrheit (nämlich 710) waren Bedienungsläden. Demgegenüber ist im gleichen Jahr die Anzahl der grossen Verkaufseinheiten weiter angestiegen:

Table with columns: Supermärkte, Discounter, Verbrauchermärkte, Einw. im Supermarkt, Einw. im Discounter, Einw. im Verbrauchermarkt, Einw. im Supermarkt, Einw. im Discounter, Einw. im Verbrauchermarkt.

Fazit: Die Verkaufsfächen nehmen zwar rapid zu, aber die Zahl der Verteilstellen ebenso schnell ab. Das Netz wird zusehends weitmächtig, die Annahmefläche werden länger - so lang, dass man nicht mehr marschiert.

Wo liegt das Mass?

Eine Kennziffer für das Ueber- oder Unterangebot in einer Siedlungseinheit stellt das Verhältnis Ladenfläche zu Einwohner dar. Die durchschnittliche Verkaufsfäche pro Einwohner betrug 1970 in der Schweiz 0,26 qm für Nahrungsmittel und 0,44 qm für Nicht-Nahrungsmittel (non-food), zusammen 0,7 qm. Das ORL-Institut rechnet mit einem Wert von 0,9 qm.

dem Stadtgebiet, andererseits aus den Zufahrtstälern erwartet (Pendlergemeinden). Dadurch wird zwangsläufig der Detailhandel im ländlichen Gebiet, aber auch in städtischen Quartieren geschwächt bis ausgelagert.

Fahr Auto oder stirb!

In jenen Gebieten, wo der Laden in Fussgängerdistanz verschwunden ist oder nie da war, geschieht zweierlei: Erstens werden nun auch jene, die auf das Auto möglichst verzichten (das gibt's), gezwungen, es doch zu gebrauchen, womit noch einmal zusätzlicher und unnötiger Verkehr erzeugt wird. Zweitens werden alle Unmotorisierten empfindlich benachteiligt. Das sind vor allem ältere Leute, Hausfrauen ohne Wagen, Kinder, Jugendliche, aber auch ganze Familien.

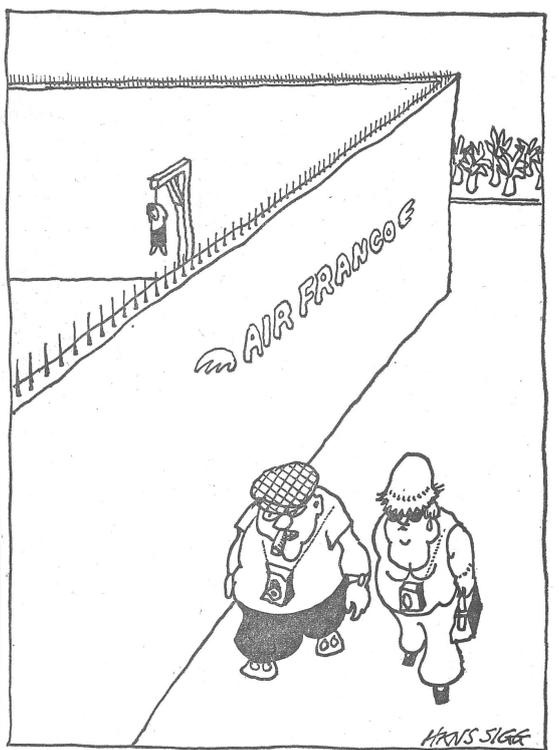
Rund ein Viertel der schweizerischen Haushalte verfügt über kein Auto. Die Einkaufszentren sind aber auf eine jüngere, motorisierte, berufstätige und vor allem zahlkräftige Käufer-schicht zugeschnitten. Es ist dies ein typisches Beispiel für eine Erscheinung, die das marktwirtschaftlich orientierte Gesellschaftssystem kennzeichnet: Ein Fortschritt für einzelne Schichten (in diesem Fall noch ein höchst fragwürdiger) geht immer mit einer Benachteiligung anderer Gruppen einher, die seien sie nun eine Minder- oder eine Mehrheit, jedenfalls wirtschaftlich und politisch keine grosse Bedeutung haben.

Der Leiter der Regionalplanung Zürich und Umgebung rechnet damit, dass bis etwa 1990 die Versorgung der Betagten und weiterer Personen ohne Auto zu einem sozialen Problem wird, das wahrscheinlich vom Staat gelöst werden muss. Ganz andere Dimensionen kann das Problem allerdings annehmen, wenn einmal eine tatsächliche Verknappung der flüssigen Treibstoffe eintritt.

Neue Saurier?

Ueber die (zer)störenden Einflüsse der grünen Einkaufsmaschinen auf die Planung und das Gedeihen von Orts- und Stadtzentren werden wir in der nächsten Nummer berichten, ebenso über wirtschaftliche und finanzielle Hintergründe. Ferner werden wir einen Abriss über die neueren Bestrebungen gegen das Ueberhandnehmen der Mammutläden geben.

Beat Schweingruber



Wie als Schweizer finde es bemerkenswert, wie die spanische Regierung ihre hängenden Probleme meistert.

Am 2. März wurden in Barcelona der angebliche Anarchist Salvador Puig Antich und in Tarragona der polnische Staatsangehörige Heinz Chez hingerichtet. Puig Antich war zum Tode verurteilt worden, ohne dass die ihm angelastete Tat - die Ermordung eines Polizeinspektors anlässlich der 1.-Mai-Manifestationen des vergangenen Jahres in Madrid - ihm eindeutig nachgewiesen werden konnte.

Das neue «offensiv» Von Roger Andereg

Nach dem ständigen Aerger mit der «von Soldaten für Soldaten» gemachten Zeitschrift «offensiv» beschloss die Bundesanwaltschaft und Militärgericht, «offensiv» in Zukunft selbst herauszugeben. Dieser ungewöhnliche Schritt drängte sich deshalb auf, weil sich jedes gerichtliche Vorgehen gegen «offensiv» heimtückischerweise als Gratispropaganda für die Zeitschrift auswirkte. Zudem sollte, wie es im entsprechenden EMD-Communiqué heisst, «endlich etwas Mutiges gegen das bedauerliche Zeitungssterben» unternommen werden.

Eben ist die erste von der neuen Redaktion gestaltete Nummer erschienen. Format, Umfang und Paginierung wurden beibehalten - inhaltlich hat sich hingegen sehr vieles geändert, wie das schon der leicht modifizierte Untertitel der Zeitschrift antönt, der jetzt lautet: «Von Offizieren für Soldaten gemacht».

Vom Titelblatt der ersten Nummer lacht ein glückstrahlender Bundesrat Gnägi - diesmal selbstverständlich nicht von zwei nackten Damen flankiert. In seinem gehaltenen Geleitwort ruft der Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartementes einmal mehr dazu auf, alles Unschweizerische auszumergen, und dass Kritik an der Armee unschweizerisch ist, versteht sich ja nachgerade von selbst.

Mehrere ausgezeichnete dokumentierte Artikel betonen die Bedeutung der Armee bei politischen und sozialen Unruhen im Innern. Wie das schon unter der alten Redaktion der Fall war, werden die fundierten Analysen durch die Wiedergabe dienstlicher Befehle untermauert, die ursprünglich nur für den internen Gebrauch bestimmt waren. Unter diesen Dokumenten findet sich ein besonders interessantes Dispositiv eines WK-Artillerieschiesens im Frühjahr 1971, das so bestens geeignet ist, unseren Wehrmännern eine neue Motivation zu vermitteln: «In Europa ist Krieg. Gastarbeiter weigern sich, die Schweiz zu verlassen, und bitten sich im Gantrischgebiet zusammen. Aufgabe: Bekämpfung des Gefahrherdes durch direkten Beschuss.» Da sieht man wenigstens, dass sich die verantwortlichen Stellen Gedanken darüber machen, wie das Fremdarbeiterproblem rationell gelöst werden könnte!

Unter dem Titel «Aufklärungs» stellt uns der Schweizerische Aufklärungsdienst\* auf sieben Seiten in Wort und Bild Geistliche, Professoren, Journalisten und Künstler vor, die nachweisbar von Moskau ferngesteuert sind. Diese «Galerie der Subversion» soll so lange fortgesetzt werden, bis sämtliche intellektuellen des Landes steckbrieflich erfasst sind.

Auch der Kulturteil wurde neu gestaltet und ausgebaut. Dank ihren guten Beziehungen gelang es der Bundesanwaltschaft, einige Bundesrichter für die Mitarbeit in der Sparte «Literatur» zu gewinnen. In der vorliegenden

Nummer wird uns der deutsche Dichter Wolfgang Borchert vorgestellt. Ein renommiertes Lausanner Literaturkritiker interpretiert dessen häufig zitiertes Appell «Dann gibt es nur eins!» so, dem Dichter sei es darum gegangen, um unversaler Warte aus dem Kriegsproblem Stellung zu nehmen. Dem eigenwilligen Interpreten darf ein hohes Mass an Originalität attestiert werden, das es zweifellos braucht, um das Totenbett eines vom Krieg gezeichneten jungen Dichters als «universale Warte» zu bezeichnen.

Im Gegensatz zu den früher erschienenen Nummern weist «offensiv» nun auch einen umfangreichen Inseratenteil auf. Hier werden dem Leser zu günstigen Konditionen Flabkanonen und Schützenpanzer offeriert (erstklassige Referenzen vorhanden!), und ein weltbekannter Chemiekonzern empfiehlt für die tägliche Intimpflege sein tausendfach bewährtes Entlaubungsmittel.

Leider wird aber die hier besprochene Nummer von «offensiv» die einzige ihrer Art bleiben. Wie wir auf Anfrage erfahren, soll das Projekt, «offensiv» in eigener Regie herauszugeben, wieder abgeblasen werden, da es seinen Zweck bereits erfüllt habe. «Seit wir «offensiv» selbst machen», sagte uns der Presseschef des EMD am Telefon, «liest kein Mensch mehr diese Zeitschrift.»

Zu diesem durchschlagenden Erfolg kann man nur gratulieren! \* Enstehende Informationen über den SAD sowie weitere rechtsgerichtete Organisationen sind in «konzept» Nr. 15, Februar 73, erschienen und zu beziehen gegen Fr. 1.20 in Briefmarken bei der Redaktion.

Advertisement for 'Zürichs grösste Auswahl' featuring Levi's jeans. Text includes: 'Tolle Tschinis in jeder Form poschitet me bim Willy Korn', 'Jeans-Shop beim Poly', 'Sonnegasse 21 8006 Zürich', 'Gratisanpassung', 'Legi 5% Rabatt', 'Auswahlen in die ganze Schweiz'.

Konrad Farmer

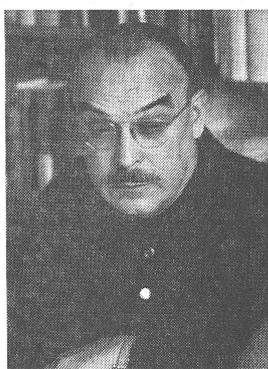
# 25 Thesen zum Fall Solschenizyn

Allzu vieles wurde schon gesagt zum Fall Solschenizyn. Aber meistens von der falschen Seite. Denn wie man weiss: Wer im Glashaus sitzt ... Solschenizyn diente vor allem den Antikommunisten und kalten Kriegern aller Couleur von Schweizerischen Ost-Institut bis zum Märtyrer-Pfarrer Wurbrand als lang ersehnte Schüt-

zenhilfe. «konzept» wollte jemandem das Wort erteilen, der sich mit mehr Fundiertheit zum Thema äussern kann. Wir baten den Historiker Konrad Farmer, der vor bald 20 Jahren Ähnliches wie Solschenizyn durchmachen musste - in der Schweiz wohlberkmt -, dazu 25 Thesen zu verfassen.

1. Der Fall Solschenizyn ist sehr komplexer Natur. Es handelt sich nicht einfach um Anklage oder Verteidigung oder sogar Verherrlichung, sondern um Geschichte, besonders russische Geschichte und zudem noch Geschichte der Arbeiterschaft und des Sozialismus.
2. Es ist anzunehmen, dass die Geschehnisse und Fakten, die Solschenizyn festhält, abgesehen von etlichen historischen und personalen Irrtümern und negativ überbordenden Annahmen, der Wirklichkeit entsprechen.
3. Es ist weiter anzunehmen, dass noch heute, Jahre nach Stalin, solche Lager und Menschenbehandlungen in der Sowjetunion vorkommen.
4. Es stimmt ebenfalls, dass diese Methoden schon vor Stalins Machtantritt eine Wirklichkeit darstellten.
5. Diese Methoden in Russland sind jedoch nicht nur zur Zeit des Leninismus und Stalinismus oder sogar im Kommunismus begründet. Bereits im alten vorrevolutionären Russland gab es Massenverwicklungen nach Sibirien, gab es Kerker- und Todesstrafen, damals für Revolutionäre. (Man denke an Dostojewski).
6. Die Frage, ob diese Methoden systemimmanent seien, ob sie dem Kommunismus entsprechen, ist zu verneinen. In neuester Zeit sind in Griechenland und in Chile wieder dieselben Methoden in der Menschenbehandlung angewandt worden, dasselbe gilt für andere Staaten, die nicht kommunistisch, sondern betont antikommunistisch sind.
7. Solche Lager und Methoden kamen in der bisherigen Menschheitsgeschichte immer vor, im antiken Raum, im Mittelalter, in der Neuzeit. Man denke an die Behandlung und Verschiebung der Sklaven (Antike), an die Ausbürgerun-

gen in Alt-Griechenland usw. usw. Historisch gesehen, sind also die Tatsachen, die Solschenizyn aufdeckt, nicht neu - was allerdings nicht im geringsten eine Entschuldigung gleichkommt. Die Niederlage im deutschen Bauernkrieg im 16. Jahrhundert verwandelte sich in die Niedermetzelung von Tausenden, in Köpfen, Hängen, Lebendigbegraben, Vierteln, Pfählen. Die europäische Geschichte kennt ebenfalls die Zahl von neun Millionen Frauen, die als Hexen lebendig verbrannt wurden, zum Teil mit dem Segen der Kirchen. Ebenfalls zeitigte die Niederwerfung der Kommune zu Paris im Jahre 1871 den Tod Tausender von Unschuldigen und die Deportierung von Tausenden nach Neukaledonien unter schrecklichen Umständen. Die Französische Revolution von 1789, eine bürgerliche Revolution, kam die Schreckenstage, Tausende von Geköpften und lebendig Ertränkten. Die europäischen Religionskriege waren barbarisch und gingen bis zur Ausradierung ganzer Städte (Lidice ist nicht neu in der Geschichte).



Konrad Farmer

8. Was neu ist im sowjetischen Fall, das ist der Umstand, dass die Torturen im Namen einer «Diktatur des Proletariats» vollbracht worden sind, im Namen des Ausbaus eines Sozialismus, also im Namen einer neuen, gerechten Gesellschaft, eines neuen Menschen.

9. Dazu ist allerdings zu sagen, dass der Kommunismus noch nirgends errichtet ist (mit Ausnahme religiöser Klöster und Ordensgemeinschaften). Man befindet sich in der Sowjetunion erst am Beginn des Sozialismus als Vorstufe des Kommunismus. Das gleiche ist zu sagen von allen anderen Ländern des Sozialismus, inklusive China.

10. Der Beginn der sowjetischen Lager und Verfolgungen fällt zusammen mit dem Beginn des Bürgerkriegs 1918, des Interventionskrieges, der ungelungenen Isolierung des Landes, der innern Nöte usw.

11. Die grundsätzliche Auseinandersetzung Linde-Rosa Luxemburg über die Art und Weise der Diktatur des Proletariats und der Struktur der kommunistischen Parteien, geschichtlich gesehen nach 50 Jahren, hat Rosa Luxemburg recht gegeben; der Leninismus ist diesbezüglich problematisch geworden.

12. Wenn nach vollen fünf Jahrzehnten noch solche Methoden realisiert werden, ist nach dem Warum zu fragen. Der Begriff «Personenkult» ist völlig unwissenschaftlich und oberflächlich. Personenkult gab es immer in der Geschichte (Alexander der Grosse, Karl der Grosse, Louis XIV, Napoleon I usw. bis hin zu den Miniaturen Wilhelm Tell und Arnold Winkelried).

13. Das Warum muss also tiefer und umfassender analysiert werden. Leider besitzen bis heute weder der Marxismus noch der Neomarxismus die wissenschaftlichen Methoden, um dieses riesige und schwierige Problem zu erforschen; nicht zufällig wurde die Frage nach dem Warum, die der italienische Kommunist Togliatti den Russen stellte, unwirksam zurückgewiesen.

14. Auf jeden Fall ist die bürgerliche Annahme, die Sache sei systemimmanent, gerade aufgrund der bürgerlichen Geschichte ebenso falsch wie die sowjetische Ausrede, es gehe eben hart auf hart in der Verteidigung des Erreichten.

15. Einer der Grundfehler im Aufbau des sowjetischen Sozialismus ist, dass man den Begriff «Sowjet» (gleich Räte) zu wenig konkretisierte. Darum das Entstehen einer schwerfälligen, riesigen Bürokratie, eines Machtapparates mit Polizei und Militär, der sich weitgehend selbständig hat als Macht und Erhaltung der herrschenden Machtstruktur. Gerade infolge des Leninschen Konzepts fehlt eine stetige und konkrete demokratische Kontrolle von unten. Es existiert eine unsozialistische Hierarchie.

tungen nicht zufällig problematisch geworden. Die einen sind in der Idealtät ertrunken, die ändern in der Idealtät (Materialität ist nicht identisch mit physischem Materialismus). In der Sowjetunion ist der Durchschnittsmensch inklusive der Genossen praktisch materialistisch eingestellt, und es ist kein Zufall, dass die Führung immer wieder an die «kommunistische Moral» appellieren muss. Die Fehler liegen heute offen zutage, und Solschenizyn ist nur ein Teil der nötigen Kritik. Wenn nach 50 Jahren eine Regierung, die sich als die stärkste und fortschrittlichste der Welt betrachtet, zur Ausbürgerung eines Unbequemeren schreiten muss, liegt die Schwäche offen zutage... Man darf heute sagen: Nicht der Kommunismus als Ziel ist falsch (sowenig das Bürgertum vorher falsch gewesen war), sondern das erste grosse sozialistische Experiment, eben die Sowjetunion, ist ein Fehlversuch im menschengeschichtlichen Sinne.

18. Es ist allerdings festzuhalten, dass das russische Volk materiell besser lebt als vor sich der Erziehungswesen riesige Fortschritte aufzuzeigen kann. Das der Analfabetismus nicht mehr existiert, dass Sibirien erschlossen worden ist, dass neue Industriezentren entstan-

## Der Unterschied zwischen «linker» Partei und «linker» Gewerkschaft

# Schaffen wir eine breite Basis!

Das Spektrum linker Parteien in den westlichen kapitalistischen Ländern ist gross. Gross ist auch das Spektrum ihrer ideologischen Fundierung, weit spannt sich der Bogen ihres strategischen Einstiegs in die gesellschaftlichen Strukturen, deren Klassencharakter verdeckt wird mit dem Schleier des Pluralismus. - Eine nicht abgeschlossene Diskussion über die Theorie oder Theorien gesellschaftlicher Veränderung zur Herbeiführung einer sozialistischen Gesellschaft und ein in der internationalen politischen Praxis nicht schlüssig erhärteter Revolutionsverständnis begünstigen zwar den notwendigen spezifischen Weg der verschiedenen

den sind. Aber das allein macht nicht den Kommunismus aus, das hätte auch im Kapitalismus, vielleicht nicht so schnell, vor sich gehen können. Aber der Unterschied zwischen den Privilegien der Herrschenden und den Nichtprivilegien der Beherrschten ist sehr gross, wenn auch nicht so wie in Brasilien, das ebenfalls einen riesigen industriellen Aufbau vorantreibt. Aber es ist nicht zufällig, dass das Wort «Entfremdung» in der Sowjetunion weitgehend verpönt ist oder nur angewendet wird auf die kapitalistische Welt, während sie in der SU ebenfalls in grossem Ausmass existiert.

19. Wenn zudem noch, wie im Fall Solschenizyn, der Ankläger ein Nichtsozialist, wenn nicht sogar ein Antisozialist ist, wird dieser Fall begrifflicher. Solschenizyn ist im Grunde ein christlicher Mystiker der russisch-orthodoxen Kirche, er befindet sich diesbezüglich in einer grossen Tradition - man denke an Leo Tolstoi. Und nur aus dieser Situation heraus kann man den Fall Solschenizyn als Ganzes begreifen.

20. Das Bürgertum als solches besitzt nicht das Recht zu frohlocken, im Gegenteil, es soll seine eigene Geschichte erkennen und durchforschen. Es war die bürgerliche Klasse, die Hitler an die Macht brachte und somit Auschwitz und Oradour ermöglichte, einen Krieg mit Millionen von Toten; es war die bürgerliche Klasse, die Hiroshima und Nagasaki mit Atombomben vernichtete, es war die bürgerliche Klasse, die Vietnam zerstörte, es ist die bürgerliche Klasse, die die Folter in Spanien und Portugal, in Südafrika und in Lateinamerika, in Griechenland und im Iran kennt und dort überall Konzentrationslager errichtet hat. Es ist die bürgerliche Klasse, die Protesttelegramme nach links sendet, um ihre eigenen Repressionen totzuschweigen oder zu verniedlichen. Es ist die besitzende bürgerlich-kapitalistische Klassenherrschaft.

21. Was die Schweiz anbetrifft, so gestatte ich mir, an meinen persönlichen Fall zu erinnern: Als 1956 in Ungarn nach einer Revolte von links (Lukacs eine Konterrevolution ausbrach (Mindzenty), als ich nach der Hatz des kalten Kriegs (bei uns in der Schweiz damals auf einem hysterischen Höhepunkt) meine Genossen ermunterte, auszuhalten um des grossen Zieles willen, also nicht kleinmütig zu werden (wie ein Landesverrat gegenüber der Schweiz konnte überhaupt nicht die Rede sein), da belagerten die Thalwiler «Bürger» mein Haus, verfolgten sie meine Familie, bewarfen meine Kinder mit Steinen; in meiner Heimatgemeinde würde diskutiert, ob man mich ausbürgern solle, in meiner Wohngemeinde liess der Gemeinderat durch die Zeitung öffentlich verlautbaren, ich sei in der Gemeinde unerwünscht; der Gewerbeverband verbot jedem Geschäft, meiner Familie etwas zu verkaufen; die

Handweberin meiner Frau wurde zu nichte gemacht; das Haus, in dem ich wohnte, wurde verschalt, und wir wohnten im Dunkeln; gegenüber dem Haus wurde eine grosse Tafel angebracht - sie stand volle zehn Jahre! - mit Texten gegen mich. Mein Telefon wurde abgehört - Jahrelang hatte ich keine Gelegenheit, zu publizieren oder öffentlich zu reden. Die Säle wurden gesperrt, meine Schriften wurden zum Teil öffentlich verbrannt usw. usw., fast ganz wie beim Bürger Solschenizyn? Es wurde mir sogar von veränderten Seite drohend mitgeteilt, dass das Lager schon bestimmt sei, in das ich hinübergeführt würde. Und all das nicht etwa wegen Worten über die Schweiz, sondern über Ungarn.

22. Die bürgerliche Klasse im allgemeinen und ebenfalls die schweizerische bürgerliche Klasse ist nach meiner Meinung ebenso fähig, Unversuchte abzuschieben oder einzusperren trotz der garantierten Gedankenfreiheit. Sie hat das Recht verwirkt, hoch zu Ross den moralischen Prediger zu spielen.

23. Was ist daraus zu lernen? Die Arbeiterklasse mit ihrem geschichtlichen Ziel einer freien, glücklichen und gerechten Menschheit darf das sowjetische Experiment nicht wiederholen - sie muss das der bürgerlichen Klasse überlassen. Die Sowjetunion ist also kein «absolutes vorbildliches Modell», sondern ein falsches. Es diene als Warnung für die Geschichte der Arbeiterklasse und der Revolution. Es ist möglich, dass nach einer siegreichen Revolution (und diese muss nicht unbedingt blutig sein) nur durch fortwährende «Kulturrevolutionen» von unten solche Geschehnisse ausgemerzt werden können. China ist ein Beginn; Solschenizyn nicht versteckt, sondern öffentlich erheben, und die Angeklagten müssten öffentlich vor dem Volke sich rechtfertigen. Eine Sache, die in der Sowjetunion geradezu undenkbar ist.

24. Allerdings geht es nicht ohne «Diktatur des Proletariats» ab, sonst gibt es neue Fälle Alende. Aber diese Diktatur müsste ein menschliches Gesicht tragen, nicht nur tragen, sondern besitzen.

25. Die jetzige junge Generation muss die Geschichte kennen, sie muss die Zielsetzung nicht nur materiell begründen, sondern auch ethisch. Sie muss sich bewusst sein, dass es für Verbrechen, wie sie Solschenizyn schildert und wie sie alle bisherigen Klassen aufzuweisen haben, keine Entschuldigung gibt, auch nicht die mit der «Diktatur des Proletariats». Gerade eine solche Diktatur soll menschlich ausgerichtet sein. Sie muss sich bewusst sein, dass alles und jegliches immer im Wandel begriffen ist und dass es aus den menschlichen Ankommen, die Wäldung, so oder so, zum Guten oder zum Bösen zu fördern... Das ist das Fazit aus dem «Fall Solschenizyn».

## Opium für das Volk

Als fast zum Mythos emporstilisiertes tragisches Einzelschicksal, das jedoch zugleich stellvertretend für die viszerale Ablehnung eines Systems steht, an dem grundsätzliche Probleme aufzuzeigen sein kann - des Kommunismus der Sowjetunion nämlich -, als personifizierte Bestätigung sämtlicher Vorurteile, an denen vielleicht doch schon Zweifel zu nagen drohten, durfte der Schweizer Durchschnittsbürger die Auswertung des Schriftstellers Alexander Solschenizyn aus der UdSSR, dem Land seiner Leidenschaft, und seine Einreise in die Schweiz, das Land seines Bankrotts, verfolgen. Da widmeten emsige Schreiblinge dem «Mann, der aus der Kälte kam» die aufdringliche Aufmerksamkeit einer Leibwache, folgten ihm auf Schritt und Tritt und konnten sogar genaue Angaben, dass er beim Kilometer X im Zug von Basel nach Zürich ein Salamibrot versperrt und in der Limmatstadt in einer exklusiven Parfumfabrik eine Zahnbürste angeschafft habe. Wie weit Solschenizyns Exhibitionismus ein ihm aufgefzwängter war, steht hier nicht zur Diskussion; wichtig ist nur die Feststellung, dass er vielen wieder einmal einen willkommenen Grund lieferte, sich nicht mit ihrer eigenen Umgebung, mit der Unterdrückung von Minderheiten hier im «freien» Westen auseinanderzusetzen, sondern der Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit (auch das soll's geben: Wer diktiert z.B. die Mietpreise?). Genau das muss doch stutzig machen: Aus welchen Gründen wird wohl die Schweizer Öffentlichkeit bis ins letzte Detail über das Schicksal eines russischen Dissidenten informiert, während geschwiegen wird über das Los Tausender von Oppositionellen in Chile, Brasilien, Griechenland, Spanien, usw., die zudem noch nicht selten an Leib und Leben gefährdet sind. Man darf es doch als leicht zynisch bezeichnen, wenn der Fall Solschenizyn als «Tragik für die gesamte Menschheit» apostrophiert wird, und man dabei über eine der grössten Hungerkatastrophen des Jahrhunderts (Äthiopien, Sahel), kaum Worte verliert. Oder als zumindest beschämend, wenn der gleiche Bundesrat Furgler, der sich in vier Teilen, um Solschenizyn das Schweizer Asyl richtiggehend aufzuschwatzen, die Freiplatzaktion mit allen nur erdenklichen Schikanen daran hindern will, bedrohte Chilenen in die Schweiz aufzunehmen.

Mag Solschenizyn der Prophet sein, der im eigenen Lande nicht gilt, oder nicht, eines, so scheint mir, sollte er bedenken, wenn er wirklich der zutiefst humane und überzeugte Sozialist ist, den man ihm nachsagt: dass seine Rolle hierzulande diejenige eines willkommenen Ablenkstoffes von unbequemen Realitäten ist. Und die Konsequenzen daraus ziehen.

Barbara Stein

## GEWERKSCHAFT KULTUR ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT

GKEW/ Postfach 7215 8022 Zürich

Völker zur Befreiung, aber eben auch die relativistische Politik der linken Parteien, die sich dem Marxismus und Internationalismus verpflichtet fühlen. Man bedenke Chile. Wenn auch die Gegenseite nicht so unvereinbar sind, wie dies oft erscheinen mag, werden sie doch gegeneinander ausgespielt und erzeuge in der allgemeinen Politik nicht selten eine kontraproduktive Wirkung (man vergleiche Aktionen von APO-Gruppen mit denen von Jusó, POCH und PdA, zum Beispiel im Zusammenhang mit Demos am 1. Mai).

Nun sind dies längst bekannte Tatsachen, oft genug von Leuten zitiert, welche frustriert sind über die Heterogenität der Linken und die damit verbundene mangelnde Koordination ihrer Politik. Es ist denn auch nicht mein Ziel, Vorschläge zur Überwindung der linken Fraktionismus darzulegen. Diese Heterogenität führt nicht nur zu gefährlichem Kräfteverschleiss und mangelhafter Konzentration faschistischen Tendenzen gegenüber; sie hat auch ihre Funktion in einer Gesellschaft, in der an immer mehr verschiedenen Fronten Konflikte auftreten, die in ihrer Erscheinungsform zwar einem pluralisti-

schen Gesellschaftsbild entsprechen, ihrem Wesen nach aber identisch sind mit dem Grundkonflikt an der Klassenfront; Trennung zwischen Kapital und Arbeit; zwischen Kopf- und Handarbeit.

## Organisation der Kopfarbeiter ...

Es ist klar, dass sich die klassischen sozialistischen Parteien oft nur schwerfällig auf diese neuen Fronten einstellen können, währenddem neue linke Gruppen auf ihre spezifische Front zum Beispiel im Reproduktionssektor (zum Beispiel Wohnungswesen, Erziehung) bisweilen fixiert sind und die kausale Spaltung der Klassen im Produktionssektor eher vernachlässigen.

Die Gewerkschaft Kultur, Erziehung und Wissenschaft geht davon aus, dass sich Individuen und Gruppen von Individuen zunächst am ehesten dort engagieren, wo sie durch ihre konkrete Situation auf die Widersprüche unseres gesellschaftlichen Systems stossen. Das heisst für die GKEW dort, wo Kunstschaffende, Erzieher und Wissenschaftler (also intellektuelle oder Kopfarbeiter) sich in ihrer unmittelbaren beruflichen Praxis verstehen als Ausgebütete einerseits (lohnabhängig, bevormundet von konservativen Behörden und Privatwirtschaft) und als Ausbeuter andererseits, indem sie im Auftrag der herrschenden Klasse den geistigen und kulturellen Beitrag zur Unterdrückung der sogenannten geist- und kulturlosen Massen liefern. Wegen dieser Doppelfunktion werden ja die Intellektuellen meist auch besser bezahlt; man erkaufte sich so ihre Loyalität gegenüber dem Unrechtssystem.

Ziel der GKEW ist es, als jene sogenannten Kopfarbeiter in einer gewerkschaftlichen Organisation zu sammeln, sich ihrer Funktion als Vermittler zwischen Herrschenden und Beherrschten, somit ihrer zentralen Bedeutung für die Erhaltung der Domestizierung des Menschen bewusst werden, trotz dieser Einsicht ihre berufliche Tätigkeit und Position nicht aufgeben

wollen, deshalb einen gewerkschaftlichen Schutz brauchen.

- ihre gesellschaftliche Funktion (zu der sie ja durch Ausbildung und Neigung befähigt sein sollten) ausüben wollen - gegen die Mächtigen - als Beitrag zur Befreiung der Unterdrückten, ihrer selbst und
- erkennen, dass gesellschaftliche Umwälzung nur möglich ist, wenn sich Kopfarbeiter und Handarbeiter von ihrem gesellschaftlichen Standort aus solidarisieren zu einer immer breiteren revolutionären Gewerkschaftsbewegung aller Lohnabhängigen.
- Nun gibt es viele bereits engagierte Künstler, Erzieher und Wissenschaftler, die ideell auf der Linie der GKEW liegen, aber nicht beitreten, weil sie bereits in irgendeiner Basisgruppe, linken Partei oder einfach an ihrem Arbeitsplatz voll engagiert sind oder weil ihnen die GKEW ideologisch unter den linken Fraktionen zu wenig genau abgegrenzt ist. Hier ist nun zu sagen, um auf den Titel zu kommen, dass die GKEW eben keine Partei, sondern eine Gewerkschaft ist, die möglichst viele Intellektuelle organisieren will, die sich als Sozialisten verstehen und in ihrer Funktion als Kopfarbeiter einen Beitrag zur Veränderung der Gesellschaft leisten wollen
- Organisieren in einem gewerkschaftlichen Sinn: existenzieller Schutz progressiver Intellektueller vor reaktionären Repressionen, Informationsaustausch und Koordination ihrer politischen Arbeit, Weiterentwicklung ihrer Selbst- und gesellschaftlichen Reflexion, Weiterentwicklung ihres politischen Bewusstseins und ihrer fachlichen Argumentationsfähigkeit, intra- und interdisziplinäre Solidarisierung im Sinne einer gewerkschaftlichen Präsenz und Aktionsbereitschaft, das heisst Organisation der Kopfarbeiter auch zur Streikfähigkeit.
- Organisieren in einem politischen Sinn nach aussen: Politisierung weiterer Künstler, Erzieher und Wissenschaftler - Solidarisiert mit den verschiedenen Organisationen der werktät-

tigen Klasse, Beeinflussung derselben zur Wiederaufnahme des revolutionären Bewusstseins der klassischen sozialistischen Arbeiterbewegungen - Kooperation mit sozialistischen Parteien überhaupt.

... ohne dogmatische Fixierung

In diesem Sinne ist die GKEW eine sozialistische Gewerkschaftsbewegung, aber keine eigentliche politische Partei. Sie hat ein revolutionäres Ziel, ist aber weder dogmatisch noch strategisch fixiert, sondern trägt die Züge einer Massenbewegung zum Schutz und zur Vereinigung progressiver Intellektueller, vom in einer Kaderpartei Tätigen über den in der Basis Politisierenden bis hin zum engagierten Berufstätigen. Sie braucht Leute, die sich innerhalb der GKEW für den Aufbau der Organisation (Gründung neuer kritischer Zirkel, Aktivierung von Bürgerinitiativen, theoretische Diskussion, wissenschaftliche und kulturtheoretische Weiterarbeit, Administration, konzentrierte Aktionen usw.) einsetzen, genau wie solche, die in irgendeinem Bereich politischer Arbeit als Intellektuelle tätig sind, sich aber zusätzlich mit einer breiten Bewegung identifizieren wollen, ohne aktiv an ihrer Arbeit teilnehmen zu können.

Die GKEW wird in Relation zur Grösse ihrer Mitgliederzahl ein politischer Faktor sein, der die Arbeit vieler politischer Parteien und Basisgruppen ergänzt, weiterführt oder vorbereitet kann - gerade weil sie die Intellektuellen unter sich wie nach aussen zu einer Politisierung, Koordinierung und Solidarisierung, nicht aber zu einer Gleichschaltung ihrer Tätigkeit führen will. Wer die Geschichte von Faschismus, Kapitalismus und Imperialismus, aber auch die Geschichte der Revolution und Kulturrevolution kennt, wird die Notwendigkeit zur Kooperation sozialistischer Intellektueller über fraktionistische Interessen - die als solche nicht eliminiert werden sollen - hinweg erkennen.

Aus dem Gesagten gehen die Strukturen und das Wesen der GKEW als einer Organisation hervor, die sich sowohl von einer ideologisch präzise definierten politischen Partei, als auch von einer zeitgenössischen, reformistischen ständes- und lohnpolitisch orientierten Gewerkschaft unterscheidet, allerdings ohne diese zu bekämpfen oder konkurrenzieren.

Tscho Stäubli

«konzepf», das Blatt, das kein Blatt vor den Mund nimmt. Und auch kein Brett vor dem Kopf hat!



Keine Bedrohten mehr in Chile. So hätte es der Bundesrat gern. Drei Vertreter internationaler Juristenorganisationen konnten allerdings anlässlich einer offiziellen Besuchsreise in Chile feststellen, dass täglich Leichen aus dem Fluss Mapucho geborgen wurden. Hingerichtete wurden nicht bestattet; Tausende von Regimegegnern werden seit dem Militärputsch in den Gefängnissen des Landes festgehalten und grausam misshandelt. Vor der Freilassung mussten Gefangene eine Erklärung unterschreiben, dass sie nicht gefoltert worden seien.

Ungerechtfertigte Parallelen: Am 4. Oktober 1938 fanden in Berlin Verhandlungen über die Einführung eines Visumzwangs für Deutsche statt. Die Schweizer Delegation begnügte sich mit dem Antrag, nur die Pässe von deutschen Juden, die ins Ausland reisen wollten, mit einem «J» zu versehen. Ein Jahr später schaffte der Bundesrat eine neue rechtliche Grundlage für die Behandlung der Flüchtlinge: Die Kantone wurden angewiesen, Ausländer, die rechtswiegend in die Schweiz gelangt waren, wieder über die Grenze zurückzustellen. Eine Regelung, die Tausenden das Leben kostete. Heute weist man wieder Chile zurück...

Derweil das Boot wieder einmal voll ist, erinnert sich männiglich. Das letzte Mal, als es voll war, zählte die Schweiz noch 4,2 Mio. Einwohner. Aber schon 1942 meinte ein Bundesrat - damals hiess er von Steiger -, die Schweiz könne keine bedrohten Menschen keiner fremden Wesensart mehr verkraften. Das hinderte sie nicht daran, 1944 dem italienischen Faschisten Graf Volpi das Asyl zu gewähren.

Das chilenische Wirtschaftsministerium hat den Verkaufspreis für Brot und Mehl um 350 Prozent heraufgesetzt. Nach eigenen Aussagen bemüht sich die Militärjunta gleichzeitig darum, die Löhne möglichst niedrig zu halten.

Wenn auch fürs «Fussvolk» die Lebensbedingungen erschwert werden, so will die Junta zum Ausgleich internationalen Anlegerkreisen ein profitversprechendes Investitionsklima vorbereiten. So kann es nicht erstaunen, dass kurz nach dem Putsch in der

«Frankfurter Allgemeinen Zeitung» folgendes Inserat erschien: «Chile: Jetzt investieren! Zur Neuankurbelung aller Wirtschaftszweige bieten sich aussergewöhnliche Möglichkeiten, ebenso auf dem Immobiliensektor. Gesucht werden Kapital u. Know-how. Wir bieten Kooperations-Büro unseres Partners in Santiago. Unser Partner ist hier u. reist in Kürze nach Chile zurück. Anfragen an: Rückert VDM, Grünwald bei München, Primelweg 5.»

Aber mit wirtschaftlichen Interessen soll ja der chilenische Putsch gemäss offizieller Version nichts zu tun haben. Deshalb stiegen auch kurz nach Bekanntwerden der Ermordung des marxistischen Präsidenten Allende die Preise für langfristige Kupferlieferungen an der New-Yorker Warenbörse, für Lieferungen im Dezember gar um 3 Cents, die höchste überhaupt zulässige Steigerung innerhalb eines Tages.

Wirtschaftsimperien müssen eben verdrängt werden. Vor diesem Problem stehen sie auch wieder mit der von den arabischen Ländern verfügten Erhöhung des Rohölpreises. Dazu war in einer Schweizer Zeitung zu lesen: «Die Oelländer könnten in gut zehn Jahren alle Börsenwerte der Welt aufkaufen. Bei einem Wert der Exporte der Industrieländer von schätzungsweise knapp 300 Mrd. Dollar im Jahr 1974 müssten die hochentwickelten Länder ein Viertel bis ein Drittel ihres Exporteinkommens an Oelländer abführen. Heute ist jedermann klar, dass dies nicht wahr werden darf. Solch einseitige Umschichtung zugunsten der 4. Welt' (neuer Begriff für die Rohstoff- und Oelländer) würde nicht nur den Ausverkauf und die Verarmung der Industrieländer bedeuten, sondern zum Beispiel für die Vereinigten Staaten auch den Verlust ihrer Weltmachtstellung.» Eine einseitige Umschichtung zugunsten der 1. Welt auf dem Buckel der 3. wohl. Das Gegenteil darf aber unter keinen Umständen stattfinden!

Da unternimmt die Grossmacht USA auch alles, was in ihrer Macht liegt, um ihre Weltmachtstellung zu retten. Z. B. wirft sie zwischen 1961 und 1973 über Vietnam insgesamt 7 500 000 Tonnen Bomben und 75 Millionen Liter Entlaubungsmittel ab. Die Militäraufgaben an Südvietnam zwischen 1965 und 1973 betrug 141 Milliarden Dollar. Dem sagt man: die Freiheit verteidigen.

Auch sonst scheut man «drüben» keine Anstrengung für die Erhaltung der Freiheit. So haben z. B. die sog. «Frei-

heitssender» «Radio Liberty» und «Radio Free Europe», die von der CIA organisiert und finanziert werden, die amerikanischen Steuerzahler bereits über eine halbe Milliarde Dollar gekostet. Nach aussen geben sie sich als spontane Gründungen freiheitsliebender Flüchtlinge, die von Schulkindern der «freien» Welt finanziert würden. Ihr Hauptziel war indessen, als sie vor rund 20 Jahren gegründet wurden, der Sturz der sowjetischen Regierung. Heute berieseln sie die UdSSR und Osteuropa noch mit Propagandasendungen. Der Vorsitzende des Aussenpolitischen Ausschusses im US-Senat, Senator J. W. Fulbright, stellte in diesem Zusammenhang einmal die Frage: «Welches Ausmass von Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten durch andere Länder würden wir noch legitim finden? Nur eben: Freiheitsverteidigende Weltmächte setzen da ihre eigenen Massstäbe.»

Auch anderweitig verteidigt man seine Freiheit: die einen, um ihre Freiheit zu überleben, die andern, um jene zu ex-

Bei Nachbestellung von alten Nummern bitte Fr. 1.20 in Briefmarken belegen.

pandieren. Bricht dann etwa ein Krieg aus, so hört man in der helvetischen Presse Märchen, wie jenes von den feigen Arabern, die vor den glorreichen Siegern davontiefen und sogar ihre Schuhe liegenliessen. Redaktoren, die solches ohne Augenzwinkern in ihren Blättern abdrucken, haben sich wohl noch nie überlegt, wie einem im Sommer barjuss auf heissem Sand zumute ist. Sonst hätten sie gemerkt, dass die Schuhe nicht in der Wüste hinterlassen wurden, sondern dass man die ägyptischen Gefangenen, die sie getragen hatten, zwang, sie auszuziehen, damit sie nicht entweichen konnten. Es gibt Bilder von Gefangenen, die sich Fetzen von den Kleidern rissen und sich damit notdürftig ihre Füsse verbunden haben, um sie vor dem brennenden Sand zu schützen.

In dieser Spalte veröffentlicht «konzepf» Zuschriften von Lesern. Die Redaktion freut sich besonders auf kurze Stellungnahmen, da möglichst einander berücksichtigt werden sollen. Sie behält sich das Recht auf Auswahl und Kürzungen vor. Veröffentlichte Briefe geben nur die Auffassung ihres Verfassers wieder. Redaktionsadresse: Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Schweiz.



Mitteilung oder Massage?

Was viele denken, vermuten und glauben erfahren zu haben, wird im Tagesschau-Artikel von der «Arbeitsgruppe Kritische Publizistik» deutlich formuliert: die Vordergründigkeit des «Objektivitätsprinzips» beim Schweizer Fern-

vor Werbung und Ideologien gefeigt zu sein.

Wer die Beschränktheit und Gefährlichkeit des Nachrichtenbildes erfahren will, verzichte ab und zu auf die Tagesschau-Unterhaltung und schenke seine Aufmerksamkeit den Radio-Nachrichten.

Toni Bucher, Zürich

PS: Ein Leserwunsch: «Die Möglichkeiten bzw. Unmöglichkeiten der Werbemedien» - könnte dieses Thema nicht eine tiefeschürfende Analyse abgeben? Is TV message or massage?

Frei nach McLuhan



Is it message or massage?

sehen. Die Erkenntnis der beschränkten Objektivität jedes Massenkommunikationsmittels müsste eigentlich zum Bewusstsein eines jeden modernen Demokraten (Schweizer Bürgers) gehören.

Mein Impuls: Lernen wir Studenten und Lehrer, lehren wir die Schüler, tendenziöse Wortwahl, emotionale Formulierungen, wertende Meinung zu gebrauchen, und zeigen wir die beschränkte Wirklichkeit des Bildes, um

30 000 Abhörgeräte in der Schweiz

Angesichts der unheimlichen Verbreitung der Mini-Spione - die obige Zahl stammt von einer Zürcher Firma, die das Abwehrgerät anbietet - möchte ich Sie fragen, ob Sie nicht einen Detektor anschaffen wollen, um ihn weiter zu vermieten? Kunden gäbe es genug. Ich würde mich z. B. für eine 10tägige Miete interessieren, die Anschaffung eines Gerätes zum Preis von 1700 Fr. rentiert bei einmaligem Gebrauch nicht.

P. Nirkko, Gümlißen

Neue Zürcher Zeitung

für Leute, die mitreden wollen

Sie sind Student und haben die Chance, später einmal in Führungspositionen zu kommen.

Sie werfen Ihren kritischen Blick auf die Welt, in der Sie leben, und bereiten sich darauf vor, von solchen Positionen aus die Zukunft mitzugestalten.

Dazu braucht es nicht nur Charakter und Fachkenntnisse, sondern auch Information über die Ereignisse und Probleme des Tages.

Die «NZZ» gilt - nach dem Urteil maßgebender ausländischer Kenner - als eine der besten Tageszeitungen überhaupt. Sie bietet - so wird gesagt - mit einer Fülle an Stoff ein Optimum an Sachlichkeit.

Was nicht heißt, daß wir keine eigene Meinung haben. Doch sind wir gerade darin liberal, daß wir der Meinung der anderen auch Raum geben.

Sie werden sicher mitreden und mitbestimmen können, wenn Sie sich ein verbilligtes Studentenabonnement auf die «NZZ» schenken lassen oder aus Selbstverdienstem leisten. Sie erhalten zu relativ bescheidenem Preis ein Wissen ins Haus geliefert, das Bücherbände füllen könnte.

Wir geben Ihnen gerne die Möglichkeit, unser Blatt über längere Dauer kennenzulernen:

mit einer Gratislieferung während 3 Wochen oder mit einem um 30% verbilligten Studentenabonnement: für 3 Monate Fr. 16.80 (statt Fr. 24.-) für 6 Monate Fr. 32.20 (statt Fr. 46.-) für 1 Jahr Fr. 61.60 (statt Fr. 88.-)

Werbeabteilung Neue Zürcher Zeitung Hauptpostfach, 8021 Zürich

Hier abtrennen

Coupon

Ich bitte Sie um unverbindliche Gratislieferung der «Neuen Zürcher Zeitung» während 3 Wochen

Ich bestelle ein Studentenabonnement auf die «NZZ»

für 3 Monate zu Fr. 16.80 für 6 Monate zu Fr. 32.20 für 1 Jahr zu Fr. 61.60

Nichtgewünschtes bitte streichen

Name und Vorname:

Adresse:

Postleitzahl/Ort:

Hochschule: Semester:

Coupon bitte einsenden an die Werbeabteilung der Neuen Zürcher Zeitung, Hauptpostfach, 8021 Zürich

Z.St.

Oelkrise darf kein billiges Alibi gegen Entwicklungshilfe sein

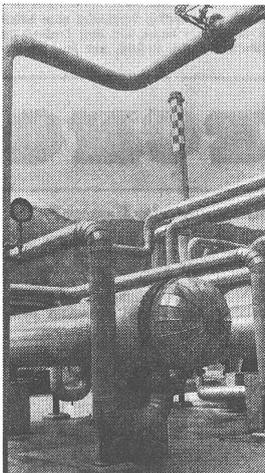
# Geölte Gewinne für die Trusts

Die Weiterbehandlung des Bundesgesetzes über Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe wurde anfangs der zweiten Woche der Frühjahrssession vom Nationalrat aufgeschoben, mit dem Auftrag an den Bundesrat, kunter Berücksichtigung der Energiekrise und ihrer Auswirkungen auf unsere Beziehungen zu den Entwicklungsländern einen Ergänzungsentwurf zu seiner Botschaft vorzulegen. Es sei zu prüfen, ob das Gesetz den neuen Gegebenheiten noch entspricht. Die Vorlage war praktisch abstimmungsreif: der Nationalrat hätte nun nur noch die Differenzbereinigung zum Ständerat vornehmen müssen, worauf in beiden Räten die Schlussabstimmung hätte stattfinden können. Die Republikaner und die Nationale Aktion hatten jedoch das Referendum gegen das neue Gesetz angekündigt und Schwar-

zenbach zeigte dann auch äusserste Genugtuung über die Wendung der Dinge im Nationalrat. Die sogenannte Energiekrise muss also nicht nur für die Teuerung und weitere Probleme herhalten, die sich im Inland stellen, sie liefert auch noch einen bequemen Vorwand, in Sachen Entwicklungshilfe des Bundes die Entscheide noch weiter hinauszuschieben. Um den Entwicklungshilfe-Gegnern ihre bequemen Argumente aus dem Mund zu nehmen, hinter denen sich meistens eine mehr oder weniger grundsätzliche Ablehnung der Entwicklungshilfe an sich verbirgt, gibt «konzept» im folgenden Artikel von Mitarbeitern des Informationsdienstes dritte Welt einen zusammenfassenden Überblick über die Hintergründe der Oelkrise und deren Auswirkungen insbesondere auf die dritte Welt.

Ist Entwicklungshilfe angesichts des Oelboykotts noch möglich - noch nötig? So fragen viele, und andere fragen schon gar nicht mehr, sondern haben ihre Meinung längst gebildet: «Die haben jetzt selbst genug Geld!» und: «Das ist wohl der Dank für die Entwicklungshilfe, dass die uns jetzt so kommen!» Die «die», von denen dabei die Rede ist, sind die Araber, oft noch präziser: die arabischen Oelsteuern.

Entwicklungshilfe, die ernst genommen werden will, dient sicher nicht der Unterstützung von Oelsteuern oder anderer Superreichen der dritten Welt, vielmehr soll sie als Prozess verstanden werden, der nicht nur die sozialen Unterschiede zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern, sondern gerade auch das Gefälle zwischen Reich und Arm innerhalb der Länder der dritten Welt abbaut. So verstandene Entwicklungshilfe ist angesichts des jetzt in die Ölproduzierenden arabischen Länder fließenden Geldes nicht überflüssig geworden, sondern im Gegenteil in besonderer Weise herausgefordert. Die arabischen Ölproduzierenden Staaten sind - mit Ausnahme von Libyen und Algerien - kaum je Empfänger von Entwicklungshilfe gewesen. Die Direktheit, mit der die Politik dieser Länder als Argument gegen Entwicklungshilfe gebraucht wird, ist infolgedessen kurzschlüssig.



Raffinerie Collombey VS  
Raffinierte Methoden, die Gewinne zu erhöhen.

## Auf dem Weg zur Selbständigkeit

Dass wir uns vom Oelboykott haben überraschen lassen, ist unsere Schuld. Die Möglichkeit, wirtschaftliche Macht als politisches Druckmittel zu verwenden, ist keine Erfindung der Araber. Sie haben diese Methode den wirtschaftlich mächtigen Industrienationen abgucken. Anstelle vieler Beispiele sei das letzte erwähnt: Die wirtschaftlichen Sanktionen nicht nur der USA, sondern auch anderer Industrienationen gegen das Chile Allendes. Es grenzt an Heuchelei, sich jetzt gerade darüber aufzuregen, dass die Araber die Praktiken, die bisher nur die Industrieländer beherrscht haben, neuerdings selbst so wirksam anzuwenden verstehen.

Der seit Oktober 1973 wirksame Oelboykott hat eine monatelange Vorge-

schichte. Schon seit Anfang 1973 haben auch die konservativen Oelminister mit aller Deutlichkeit erklärt, dass sie Oel als politische Waffe zu gebrauchen gedenken. Im Sommer des vergangenen Jahres ist ein entsprechendes Rahmenkonzept erarbeitet und in aller Ausführlichkeit von Präsident Sadat in einer grossen Rede am 23. Juli 1973 zum 21. Jahrestag der ägyptischen Revolution vorgetragen worden. Dabei definierte er die Politik des «sich-auf-sich-selbst-Verlassens» und nannte vor allem drei Punkte: 1. Herstellung einer arabischen Front im idealen Bereich; 2. Koordination der militärischen Kapazitäten; 3. Ausnutzung des wirtschaftlichen Potentials, vor allem der Waffe Erdöl. Als im September auch König Feisal, der bisher einer strikten Trennung von «Politik» und «Oel» das Wort geredet hatte, mit der Stagnierung der Oelförderung drohte, konnte kein Zweifel mehr bestehen, dass konkrete Aktionen zu erwarten waren. Insofern ist der Oelboykott nicht einfach eine Folge oder Begleiterscheinung des 4. Nahostkriegs, sondern eher ist der Nahostkrieg vom Oktober 1973 Teil einer Gesamtstrategie, in der Oel einen entscheidenden Faktor darstellt. Diese Gesamtstrategie dient dem Ziel, das Selbstbewusstsein der arabischen Länder zu heben und zur politischen auch noch die wirtschaftliche Unabhängigkeit hinzuzugewinnen. - Ein Ziel, das jede echte Entwicklungszusammenarbeit auch anstrebt.

Ausgesprochen überheblich mutet auch der häufige Hinweis auf den arabischen Feudalismus an, der diese Länder an einer echten Entwicklung hindere und einer ungerechten Verteilung des Volkseinkommens Vorschub leiste. Weit davon entfernt, die Wirtschaftsformen der arabischen Welt idealisieren zu wollen, muss es als - gelinde gesagt - peinlich bezeichnet werden, wenn die Kritik ausgerechnet aus dem Teil der Welt laut wird, der selbst nachdrücklich erleben musste, wie die Oelkrise durch die Oelkonzerne manipuliert und zur eigenen Gewinnsteigerung missbraucht wurde.

## Löwenanteil nicht für die Araber

Vor dem Oelboykott erhielten die arabischen Staaten nach Angaben der OAPEC (Organisation der Erdölexportierenden arabischen Länder) vom gegenwärtigen Durchschnittspreis der Erdölprodukte nur 7,9%. Das grösste Stück von diesem Kuchen erhält der Fiskus der Konsumentenländer, nämlich 47,5%. Die Oelfirmen beanspruchen einen Gewinn von 6,3%. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass die grossen Oelkonzerne auch noch den Transport, die Raffinierung und die Verteilung des Erdöls besorgen, womit sie noch weitere Gewinne erzielen können. Die einfache Zusammenstellung offenbart eindeutig, dass weit über den Oelländern die Industrienationen und die Oelkonzerne in der Gewinnrangliste figurieren. Offenbar sitzen die Haupt-

schuldigen der sogenannten Oelkrise gar nicht auf der Anklagebank.

Der Durchschnittspreis der Erdölprodukte setzt sich wie folgt zusammen:

Produktionskosten	2,7%
Abgaben an das Förderland	7,9%
Transport	6,3%
Raffinierung	9,0%
Verteilung	26,0%
Nettogewinn der Oelfirmen	6,3%
Abgaben an das Konsumentenland	47,5%

## Die Scheichs sitzen auch in den USA

Die Riesengewinne der grossen Oelkonzerne von zusammen etwa 10 Milliarden Dollar wurden vor allem von den Europäern bezahlt. Vor einem Ausschuss des amerikanischen Senats beschuldigten die Oelgesellschaften ihre hohen Gewinne mit dem Hinweis, 83% der Gewinne seien ausserhalb der USA, vor allem in Europa, erzielt worden. Ein grosser Teil unserer hohen Benzin- und Heizölpreise wanderte offenbar nicht nur in die Taschen der Scheichs im Wüstensand, sondern in die Kassen der Oelkonzerne.

## Gewinnanstieg bei den Oelkonzernen 1973

Gesellschaft	Gewinnanstieg 1973 gegen 1972 in %
Marathon Oil (Marathon)	96,9
Gulf Oil (Gulf)	86,5
Standard Oil Ohio (Sohio)	74,7
Getty Oil (Getty)	63,1
Exxon Corporation (Exxon, Esso)	59,3
Standard Oil Indiana (Amoco)	53,4
Union Oil of California (Union)	47,8
Mobil Oil (Mobil)	46,8
Sun Oil Co (Sunoco)	46,5
Texaco Inc. (Texaco)	45,4
Phillips Petroleum (Phillips 66)	42,3
Cities Service (Citgo)	37,0
Atlantic Richfield (Arco)	31,7
Continental Oil (Conoco)	30,0
Shell Oil (Shell)	27,7

Bei der Befragung durch Uno-Experten in Genf sind die multinationalen Konzerne noch zu davongekommen. Das war aber noch vor der Oelkrise, die den Kritikern der Multis inzwischen reichlich Munition geliefert hat. Die Gewinne der Oelkonzerne sind im vergangenen Jahr um etwa 50% emporgeschossen. Das Hauptgeschäft wurde dabei im letzten Quartal 1973 gemacht, also fast während des Natoschriegs und des arabischen Lieferboykotts. Exxon (Esso) stieg seine Gewinne während dieser Zeit um 59%, Mobil Oil um 68%, und Texaco verdiente gar 70% mehr als im letzten Quartal 1972. Die Bosse der Oelriesen, die den kostbaren Saft vom Bohrloch bis zur Tankstelle kontrollieren, wurden daher von einem Senatsausschuss pikanterweise im «Watergate-Raum» des Senats verhört. Viel kam dabei nicht heraus, denn die Bosse liessen sich nicht in die Hefte gucken, und so konnten ihnen die unermüdlich fragenden Senatoren auch nichts beweisen. Die Oelindustrie betonte, 1972 sei ein sehr schlechtes Jahr gewesen. Die Gewinne müssten auch im Verhältnis zum investierten Kapital betrachtet werden. Ausserdem seien hohe Gewinne notwendig, um die gewaltigen Investitionen zur Ausweitung der Produktion und zur Erschliessung neuer Oelquellen zu finanzieren.

## Konzerne wissen nicht wohin mit ihrem Geld

So schlecht war aber 1972 auch nicht. Die 15 grössten Oelfirmen verdienten damals immerhin zusammen 5,8 Milliarden Dollar, 100 Millionen mehr als im Jahr 1971. Dies ergibt, bezogen auf das investierte Kapital, eine Rendite von 10%. Dies sei 2% unter der Durchschnittsrendite der amerikanischen Industrie von 12%. Im vergangenen Jahr haben die Oelfirmen aber 14% erreicht. Die Ausdehnung der Produktion und die Erschliessung neuer Oelquellen verschlingen in der Tat gegenwärtig Summen. Amerikanische Kritiker halten dem aber entgegen, die Oel-

konzerne könnten in Zukunft gar nicht so viel Geld investieren, wie sie heute verdienen. Ein Grund ist der Mangel an Stahlröhren und Bohrstrangen - unerlässliche Werkzeuge für Oelbohrer -, für die es momentan eine Warteliste von drei Jahren gibt. Ausserdem verwenden die Oelkonzerne nach Meinung der Kritiker einen zu grossen Teil der Gewinne für neue Investitionen.

Inzwischen sind die Kritiker mit schwerem Geschütz aufgefahren. Die Fördergesellschaft Aramco, die von Exxon, Standard Oil, Texaco, Mobil Oil und Saudi-Arabien kontrolliert wird, habe sich letztes Jahr mit Saudi-Arabien geeinigt, die Preise in die Höhe zu treiben. Dies geht aus Dokumenten hervor, die in der «Washington Post» veröffentlicht wurden. Abwegig ist dieser Vorwurf nicht. Die Aramco kontrolliert 95% des in Saudi-Arabien geförderten Oels. Dank den gewaltigen Reserven, die noch unter Saudi-Arabien Wüsten lagern, kontrolliert die Aramco heute mehr Oel als die USA, die Sowjetunion und China zusammen. Höhere Preise können sowohl Saudi-Arabien als auch der Aramco nur gelegen sein. «Arabische Solidarität» und amerikanisches Gewinnstreben scheinen sich hier zu einer glücklichen Ehe zusammengefunden zu haben.

## Oel schmirt auch bei uns

Auch in Europa hat sich ein allerdings etwas zahmeres Gewitter gegen die Oelkonzerne zusammengebraut. In Italien haben zwei unerschrockene Untersuchungsrichter herausgefunden, der frühere Präsident der Esso-Italia, Vincenzo Cazzaniga, habe etwa 6 Millionen Franken Schmiergelder an Beamte der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft ENEL bezahlt. Die ENEL sollte damit veranlasst werden, weiterhin ökonomische Kraftwerke gegenüber Atomkraftwerken zu bevorzugen. Das Kartellamt der Bundesrepublik Deutschland hat in einem Bericht an die EWG-Kommission den Oelkonzernen vorgeworfen, in Rotterdam von den freien Oelhändlern doppelt soviel verlangt zu haben wie von den eigenen Tochtergesellschaften.

Aus der Schweiz hört man dazu wenig. Immerhin gibt es ein Bonmot von Alt-Bundesrat Cello: «Ich weiss genau, dass im Mittelmeer Oeltanker schwimmen, die mehrere Male verkauft wurden, bis ihr Preis an der Spitze war.» Sein noch amtierender Kollege Brugger allerdings scheint mehr Sympathien für die Oelfirmen zu haben. Er unterstützte mit seiner eigenen Unterschrift den Sparaufruf, den die schweizerische Erdölvereinigung in den grossen Tageszeitungen veröffentlichte.

## Entwicklungsfinanzierung mit Oel

Diejenigen, die aus eigenem Geschäftsinteresse die «Erdölpanik» ausgelöst haben, haben stets verschwiegen, dass, wie gezeigt, den Erdölproduzierenden Ländern nur ein geringer Teil des Verkaufserlöses zukommt, dass also aus demselben Grund auch die von ihnen verfügten Preiserhöhungen auf den Barrel Rohöl den Endverkaufspreis nur geringfügig erhöhen sollten. Immerhin erzielen die Erdölproduzierenden Länder einen für sie lebensnotwendigen Mehrertrag, und somit stellt sich die Frage, wozu dieser angewendet wird.

Die Zeit sinnloser Haltung arabischer Oelnehmungen ist vorbei. Schon 1971 wurde mit einem Kapital von 100 Millionen Kuwaiti Dina (etwa 1 Mrd. Fr.) der arabischen Fonds für wirtschaftliche und soziale Entwicklung gegründet. Hauptpartner mit einer Beteiligung von 30% ist Kuwait. 15 weitere arabischen Länder in Nordafrika, im Nahen Osten und am Persisch-Arabischen Golf sind

zwischen beigetreten. Zu den Projekten, die aus diesem Fonds finanziert werden, kommen andere, für die sich Kuwait schon seit Jahren als bilateraler Darlehensgeber zur Verfügung gestellt hat.

Einen Schritt weiter führt das von der OECD erarbeitete «Dreiecksmodell» nach dem wesentliche Teile der arabischen Erdölmillarden in Länder der dritten Welt investiert werden, um diese gegenüber den Industrienationen zahlungsfähig zu machen, ohne dass sie auf deren Kredite angewiesen wären. Ob die arabischen Oelstaaten zur Bildung einer solchen solidarischen Interessengemeinschaft bereit sind, wird sich zeigen müssen. Leider gibt es auf der nördlichen Hemisphäre wenig Vorbilder, an die sie sich für das eigene Denken und Handeln in dieser Richtung halten könnten.

## Höhere Rohstoffpreise - ein Bumerang?

An der im Februar abgehaltenen Konferenz von Lahore schlug Oberst Kathafi den Erdölproduzierenden Ländern ein System verschiedener Oelpreise vor. Danach sollen die islamischen Entwicklungsländer das billigste Oel erhalten. Die Mehrheit der arabischen Oelländer zieht einen Einheitspreis und die Schaffung eines Entwicklungsfonds vor. Dieser Fonds soll jenen Ländern helfen, die durch die Oelpreiserhöhungen in Schwierigkeiten geraten. Dies ist auch die Meinung anderer rohstoffproduzierender Länder. Der Ausserminister von Madagaskar fragte aber kürzlich: «Sind wir bereit, unsere landwirtschaftlichen Produkte den arabischen Ländern zu einem Vorzugspreis zu verkaufen?» Die Einigkeit der dritten Welt steht auf dem Spiel. Wenn die Rohstoffpreise von gewissen Ländern als Waffe gebraucht werden, um den gordischen Knoten der alten, neokolonialistischen Beziehungen zu zerschlagen, bedrohen sie gleichzeitig die neue und noch zerbrechliche Solidarität zwischen den Entwicklungsländern.

## Neue Spaltung

Das Echo der Konferenz der Blockfreien von Algier - der Oel der Armen - ist noch kaum verklungen, und schon ist die Einigkeit der dritten Welt, die Solidarität der Enterbten, erneut stark bedroht. Durch die Beschlüsse der Organisation der Erdölproduzierenden Länder (OPEC) wurden die Entwicklungsländer in der Tat in mehrere Lager aufgeteilt. Dabei handelt es sich nicht, wie zum Beispiel an den Unctad-Konferenzen, um Divergenzen zwischen Kontinenten als Folge des geschichtlichen Erbes oder zwischen Exporteuren eines gleichen Produktes wie etwa Kaffee. Zum ersten Mal vereinigte sich eine Gruppe von Produzenten, um für ihr Produkt einen Weltmarktpreis festzusetzen, den sie als angemessen betrachtete. Die OPEC hat dadurch eine der grossen Hoffnungen der dritten Welt konkretisiert - die Hoffnung, eines Tages nach eigenem Ermessen über ihre Rohstoffe verfügen zu können und mit den Exporten das notwendige Kapital für die eigene Entwicklung zu verdienen. Gleichzeitig hat die OPEC die dritte Welt neu gespalten: in Produzenten und Käufer von Erdöl. Die ersteren bereichern sich auf Kosten der letzteren, zu denen u. a. gerade die allerärmsten Länder gehören.

Was sich gegenwärtig mit dem Erdöl abspielt, könnte eines Tages bei anderen Rohstoffen Schule machen. Chile, Zambias, Zaire und Peru, die Mitglieder der CIPEC (Rat der kupferexportierenden Länder), bestreiten beinahe ein Drittel der Weltproduktion. Wenn sie sich morgen, zusammen mit einigen an-

## Sie haben dich gekillt

Sie haben dich gekillt, Allende, ein ganzes Land, die Generale Pinochet, Merino, Leigh und Mendoza, sie haben dich gekillt, dich, den Bruder so vieler, haben sich - einmal mehr- gesagt, wer jetzt ist, der soll's bleiben, und als die Soldaten dumpf und dumm in die Bomber stiegen und auf die Arbeiter schossen, da war's mit dem Traum vom neuen Menschen zum x-tenmal vorbei. Sie haben dich gekillt, Salvador Allende, dich und alle, die solche Eier nicht kennen, die ein Glas Wein mehr lieben als grosse Reden und von andren Einsamkeiten ähnlich bedrängt sich sehen wie von eigener Not, sie haben dich gekillt, aus der Moneda ins Nichts der Toten geschlagen, und wenn ich morgen kaum erherbietig in der Kirche des heiligen Sankt Antonius knie, Weibchen um mich, stramme Hüensöhne, dann schrei ich's hinaus, schrei, Gott, du Gott der Herren, dank endlich ab, verlass den Himmelsthron.

Aber - ich weiss - er wird nur lächeln, der Gott, wird lächeln, lächeln, und nichts ist getan, wovon du träumstest, Nixon, Frei und Pinochet, die leben noch immer, noch immer liegen Arbeiter tot auf den Strassen, Leichen, die ganz ohne Hoffnung sind.

Werner Bucher

# konzept zum Thema 3. Welt

Nr. 74/2 Feb. 74	Schweizer Banken - 3. Welt (Best. Kappeler)	«Das Geschäft mit der Unterentwicklung» (Best. Kappeler)
	Entwicklungshilfegesetz	«Sanktionsierungsaktik entscheidend» (Göpf. Berenger)
Nr. 74/1 Jan. 74	Chile	«15 000 Tote für ein besseres Investitionsklima (Zürcher Chilekomitee)
	Chile	«Hasta la victoria siempre» (Augenzugbericht über den Militärputsch, David Iurra)
Nr. 2/4 Juli 73	Angola, Moçambique	«Die Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien» (E. de Sousa Ferreira) sowie «Ein britisches Geheimdokument: Die Afrikastrategie der Tories»
	Schweiz - 3. Welt	«Entwicklungshilfe - Brückenköpfe der Export-Industrie» (Markus Reichmuth)
Nr. 2/3 Juni 73	Rhodesien	«Schweiz macht sich mitschuldig» (Gespräch mit Didymus Mutasa)
Nr. 2/2 Mai 73	Südafrika, Apartheid	«Mit Streiks aus der Unmündigkeit» (Richard Ritter)
Nr. 1/8 Feb. 73	Direktinvestitionen	«Entwicklungshilfe oder Profitquelle?» (Richard Ritter)
Nr. 1/7 Jan. 73	Chile	«Chiles Herausforderung», Kupferboykott (René Lechleiter)
Nr. 1/6 Dez. 72	Chile	«Die Herren der Welt, Machenschaften der ITT in Chile (Best. Kappeler)
	Peru	«Peru: Beispiel für den dritten Weg?» (Max Seelhofer)
Nr. 1/5 Nov. 72	Kuba	«Kuba heute - Immer noch ein Modell?» (Max Seelhofer)
Nr. 1/2 Mai 72	Waffenausfuhr	«Profit-Patriotismus» (Jürg Frischknecht, Rolf Neff)

Jede Nummer 1st gegen Fr. 1.20 in Briefmarken erhältlich bei «konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich.

OPEC

Organization of Petroleum Exporting Countries
Gepründet am 14. September 1960
Hauptsitz: Wien
Generalsekretär: Abderrahman Khene (Algerien)

Table with 2 columns: Mitglieder, Produktion 1972 (in 1000 Tonnen). Lists countries like Saudi-Arabien, Iran, Venezuela, Kuwait, Libyen, Nigeria, Irak, Indonesien, Algerien, Abu Dhabi, Qatar, Ecuador and their production values.

deren Kupferproduzenten, entschlossen werden, wie die OPEC zu handeln, würde ihnen dies beträchtliche Mehrnahmen bringen...

Gefahr eines Pyrrhussieges

Die OPEC und alle Organisationen rohstoffexportierender Länder werden durch dieses Beispiel herausgefordert, im Schoss der dritten Welt neue Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf regionaler und kontinentaler Ebene zu schaffen...

Für die Industrialisierung wird die Oelkrise zur eindrucklichsten Demonstration für die dringende Notwendigkeit, Entwicklungshilfe als das zu verstehen und zu verwirklichen, was sie immer hätte sein sollen...

Peter Braunschweig, Peter Keppeler Jacques Matthey, Eric Sottas

Oelkrise in Afrika — Krise der Entwicklung

Die eben geschaffene arabische Entwicklungsbank ist angesichts der steigenden Oelpreise bereits zur Bedeutungslosigkeit zusammengeschrunken. Die kenyanische Tageszeitung 'Daily Nation' schrieb dazu: 'Die 125 Millionen Dollar Kapital der neuen Bank sind unser eigenes Geld, das wir den Arabern...

Die Aermsten trifft's am härtesten!

Obwohl ganz Schwarzafrika weniger Oel konsumiert als das kleine Holland, ist es von der Krise schwer betroffen. Von den drei schwarzafrikanischen Oelproduzenten Nigeria, Gabun und Kongo profitiert nur der Grossproduzent Nigeria von der Krise...

Die afrikanischen Länder sind sowohl von der Förderbeschränkungen der arabischen Produzentenländer als auch von den Preiserhöhungen betroffen. Weitere Kürzungen der Oelförderung führen unweigerlich zu einer weltwirtschaftlichen Rezession...

Südafrika kommt besser weg

Inzwischen muss Afrika mit der Krise leben. In Zambia beispielsweise haben die Taxifahrer ihre Grundtaxe verdoppelt. Die Bus- und Eisenbahntarife sollen ebenfalls erhöht werden...

kerungsschichten lebensnotwendig ist, konnte von der Regierung mit weniger als 4% verhältnismässig niedrig gehalten werden. Zambia steht vor dem Abschluss eines Vertrags mit Libyen über die Lieferung von 800.000 Tonnen Rohöl jährlich...

Südafrika, das von einem totalen Boykott betroffen werden sollte, bekennt die Krise konsequenterweise am wenigstens zu spüren. Der Energiebedarf des Landes hängt nur zu 21% von importiertem Oel ab...

Indien und Nepal: Die Unabhängigkeit zeigt sich am Oel

Weder der Natur noch Pakistan, den zwei grössten Feinden Indiens, gelang es, alle Hoffnung auf wirtschaftliches Wachstum zu zerstören. Aber wie immer in der Geschichte Indiens, bemerkte Sarkastisch ein Mitglied der indischen Planungskommission in New Delhi, ist es nun den Freunden, eben den Arabern, gegangen...

Nach den Berechnungen des indischen Ministers für Treibstoff und Chemikalien wird die diesjährige Oelrechnung um 500 Millionen Dollar auf 1,2 Milliarden Dollar steigen. Nach Angaben des Finanzministers besass Indien Mitte 1973 ein bisschen mehr als diese Summe...

Oel fliesst — nur ist es teuer

Alle indischen Zeitungen konnten während des Oelboycotts nicht genug ihre Sympathien für die Araber bezeugen. Am Anfang hiess es immer wieder beruhigend: 'Oel fliesst, nur ist es teuer.'

sich ausserdem in einer strategisch sehr günstigen Position. Die Supertanker, die auch für seine wiedereröffneten und ausgebauten Suezkanal zu gross sind, benötigen auf ihrer langen Reise um Afrika herum Südafrikas Häfen für Zwischenhalte zum Auftanken und Reparieren...

Der Ernst der Lage macht es schwer, in dieser Krise auch für die Länder

In der zynischen Auseinandersetzung um die sogenannte 'Oelkrise' gibt es einen grossen Leidtragenden: die Entwicklungsländer. Die Aermsten müssen nun für die Feiigkeit der Reichen sehr teuer bezahlen. Der Westen jedoch zuckt die Achseln und gibt vor, sich über die sich bereichernden Scheichs zu entsetzen...

Schwarzafrika einen Lichtblick zu sehen. Diese Länder erfahren schmerzlich, dass sie auf dem Weg einer möglichst raschen Industrialisierung nach dem Muster der Industrieländer sich nicht aus der Unterentwicklung und Abhängigkeit befreien können...

Peter Keppeler

Nepal: Politische Auswirkungen

Nepal ist Indien auf Gedeih und Verderben ausgeliefert. Alle Einfuhren, selbst die chinesischen, kommen über Indien. So ist Nepal in der Oelkrise nicht nur auf die Araber, sondern mehr noch auf die Inder angewiesen. Es musste sofort die Benzinrationierung mit 4 Liter pro Tag einführen...

Gesucht: Neue Politik

Dass Indien unter solchen Verhältnissen im März eine Sonderkonferenz der blockfreien Entwicklungsländer in Algier gegenüber den blockexportierenden Staaten anführen will, ist begreiflich. Der indische Aussenminister Swaran Singh will ihnen klarmachen, dass sie ihre Politik nochmals durchdenken müssen...

In der Zwischenzeit jagt Indien überall nach Gross, Krediten und Oel. Jüngst hat die UdSSR versprochen, die Kerosineinfuhr von 600.000 auf eine Million Tonnen zu erhöhen. Der iranische Aussenminister besuchte Indien...

treffpunkt

Student (167/31) mit Interesse an den menschlichen Problemen unserer Zeit sucht Liebe, zärtliche Frau für eine ernsthafte Partnerschaft. Zuschriften an Chiffre 5872 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Student, 24, sucht Freunde für Freizeit, Bewältigung gemeinsamer Probleme, Sex und Abbau von Beziehungslosigkeit. Raum Zürich. Absolute Diskretion. Bildzuschriften bitte an Chiffre 5983 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Raum Bern-Freiburg: Ein Einsamkeit erkrankter Student sucht Leidensgenossen. Welche charmante Frau ist mutig und schüchtern mir? Absolute Diskretion selbstverständlich. Zuschriften an Chiffre 5844 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

22jähriger somalischer Agronomstudent an der TU Dresden (DDR) sucht Schweizer Mädchen zwischen 18 und 25 Jahren für Briefaustausch auf italienisch, deutsch, englisch, arabisch oder somali. Mohamed Giuseppe Ali, TU Dresden, Juri-Gagarin-Str. 12, Zim 310 c, D-x-801 Dresden (DDR).

Bio-Student, 29/178/45 kg, vielseitig interessiert, aber nicht bildhübsch, ist seiner unkonventionellen denkenden, leichtgewichtigen Partnerin noch nicht begegnet. Kontakt unter Chiffre 5744 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Zwei begabteste Fotomateure suchen hübsches Fotomodell für gediegene Aufnahmen. Offerten mit Honorarangaben, evtl. mit Bild, bitte an Chiffre 5745 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich. Diskretion Ehrensache.

22jähriger, 185 cm, sucht hübsche, zärtliche Freundin für erregende Diskussionen und Liebesplausch. Alle Bildzuschriften werden beantwortet. Chiffre 5763 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Jolie divine de créer — Amour, génie, action: Dieses Ziel möchte Zürcher in guter Position (20/175) mit Dir (attraktiv, künsstl. interessiert, sensibel) anvisieren. Zuschriften an Chiffre 5780 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Gesucht wird von einer Studentin (27/178) ein ernsthafter, intelligenter Partner, der sich noch soviel Mut bewahrt hat, dass er sich noch

mit dem Menschen und seinen Problemen auseinandersetzen kann. Offerten an Chiffre 5779 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Photobegabter Student sucht körperbewusste weibliche Wesen (Rheinmode). Raum Basel. Chiffre 5781 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Junger Student, 22/185, sportlich, Metaphys und Poet, sucht eine literär, zärtliche, liebevolle, mütterliche, unternehmende Dame, evtl. Franz. sprechend, bei Bern. Jede Zuschrift, evtl. Photo, beantwortet Chiffre 5843 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Raum Zürich-Zug. Stud. HTL, 23/185, sucht aktive, vielseitige Partnerin, seelische Stabilität, Voraussetzung, zu tiefen Beziehungen. Foto wird distret behandelt. Chiffre 5847 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Zürich: Student, 25/176, schlank, sucht etwa gleichaltrigen Freund, sympathisch, sportlich, für Freizeit. Perlen. Chiffre 5812 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Junger dipl. Arch. ETH (trotzdem Lausbub) sucht zärtliche Studentin. Chiffre 5913 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Gliedlich verheiratete Studentin (23/170) sucht platonischen Begleiter. Für Kinobesuche. Zuschriften an Chiffre 5826 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Student, 24, Zürich, sucht jungen, hübschen Freund mit sinnlicher tiefer Liebe von Körper und Seele. Jede Zuschrift (evtl. mit Bild) beantwortet ich. Chiffre 5827 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Ex-Student (27/189), sucht eine Freundin, die gerne diskutiert, aber auch zärtlichbesüßend ist. Zuschriften bitte unter Chiffre 5679, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Ehepaar, 30/35, möchte gutaussehende junge Paare, Herren und Damen mit Niveau kennenlernen. In- und Ausländer. We also speak English. Bild bitte. Wir wohnen in Bern. Chiffre 5881, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Attraktiver, sportlicher Student (22/180), in Zürich, sucht einen schönen Studenten, der die Sexualität auch bei einer Freundschaft mit einem männlichen Partner mit einbezieht. Chiffre 5880, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Wenn erlebe ich wieder den Sturz ins Schwerele, die sinnliche Aufhebung unserer Erden-schwere? Student, 22/172, schön, sucht Part-

nerin in Bern und Umgebung. Bildzuschriften an Chiffre 5682, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Wer hat Mumm, Lust, viel Zeit und wenig Geld für einen Rockabilly-Club in den Sommerferien ab Mitte Juli für 3-4 Monate Richtung Südost? Chiffre 5684, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Bern: Wir, zwei eigenwillige Studentinnen, suchen zwei einfallreiche Typen zu kameradschaftlicher Freizeitvergnügen. Chiffre 5685, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Student, 24/174, gut aussehend, sucht hübsches, schlankes Mädchen als Blume für den Frühling, um Dich beglücken, hegen und Deinen bezaubernden Duft einatmen zu können. Bildzuschrift unter Chiffre 5683, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Raum Basel: Sehne mich nach anhänglicher aufgeschlossener hübscher Freundin mit kritischem Geist und tiefen Liebesverstand. Stud. Phil II, 25/170, alleseitig. Bildzuschrift Chiffre 5654, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Ich suche eine verständnisvollen, intelligenten, lieben Partner, der sich auch für die Menschen und gesellschaftl. Probleme interessiert. Ich bin 25/165, sensibel, kontaktfreudig. Offerten unter Chiffre 5732, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Student: strahlender Typ (22/190) sucht sinnliche Freundin mit Sinn für Sinn. Chiffre 5733, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Wir suchen vier Genosseninnen für römische Orgie Hübsch oder nicht, Mädchen, die den Genuss als eine Religion betrachten. Chiffre 5727, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Suche Freund fürs Leben. Du musst beständig, reif, ehrlich, ohne Freundin, sinnlich, tolerant, komplexlos, klug sein, Bin liebe, treue, ungewöhnliche Studentin. Keine Briefe von Abenteuerlern Chiffre 5728, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Bin sehr, kontaktfreudig (lg), im Internat von Mädchen isoliert. Suche Mädchen/Frau, die mir zuzuhören und leben will. Ich habe verschiedene m'chte. Zürich-Wädenswil-Rapperswil. Chiffre 5729, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Intellektueller, bürgerlicher Bohemien (33) sucht jungen intellektuellen Bohemien (20-25) als Freundin. Wenn Du in Bern oder Biel oder in ihrer Nähe wohnst, so schreibe mir unter Chiffre 5713, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Raum Bern: Student, 28/176, sucht hübsches, sinnliches Girl für gemeinsame Aktivitäten (Kino, Ski, Tennis, Sex usw.). Bildzuschriften an Chiffre 5708, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Emanzipierte Studentin, 23/175, die sich mit menschlichen und gesellschaftlichen Problemen befasst, sucht aufgeschlossenen Partner, der noch nicht resigniert hat. 27-33, Chiffre 5711, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

treffpunkt FLOHMARKT

Zum Inserieren einfach Telefon ausfüllen (maximal 8 Zeilen) und einsenden an MOSSE-Annoncen AG, Postfach, 8023 Zürich, und Betrag (Kontaktinserat inkl. Chiffregebühr: Fr. 15.-, Kleininserat: Fr. 12.-) auf Postcheckkonto 80-1027, Mosse AG, 8023 Zürich, einzahlen, mit Vermerk «Kontaktinserat konzept» bzw. «Kleininserat konzept» auf der Rückseite vom Abschnitt des Einzahlungscheins. Falls Platz nicht genügt, weiteren Talon ausfüllen und doppelten Betrag einzahlen. Ihr Inserat erscheint nach Überweisung des Betrages. Auf Kontaktinserate eingehende Briefe werden wöchentlich per Post zugestellt. Diskretion zugesichert. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angenommen.

Text (der angegebene Rahmen darf nicht überschritten werden):

Grid for contact information with fields for Name and Adresse, and Unterschrift.

**Bezirksschulverwaltung Schwyz**

Wir suchen für unsere Sekundarschulen in

**Brunnen  
Oberarth  
Schwyz****Sekundarlehrer(innen)** phil. I und II sowie für**Oberarth  
und  
Schwyz**  
je eine(n)**Reallehrer(in)**

Besoldung nach neuer kantonaler Verordnung plus Teuerungszulagen und Ortszulagen. Anmeldungen mit den üblichen Unterlagen sind erbeten an die Bezirksschulverwaltung des Bezirks Schwyz, Herrn Kaspar Hürlimann, Bezirksschulverwalter, 6410 Goldau SZ, Telefon Büro 043/21 20 38, Privat 041/82 10 95.

**Hotel Kurhaus Axalp**

oberhalb Brienz

sucht per sofort – Ostern – netten, anständigen und freundlichen

**Studenten  
als Kellner und Hausburschen.**

Guter Verdienst, Kost und Logis im Hause.

Fam. S. Rubin, Hotel Kurhaus  
3855 Axalp, Tel. (036) 51 16 71

Ich tippe für Sie schnell und zuverlässig

**Manuskripte, Dissertationen**

auf IBM Executive. Eignet sich für Offset und Fotoreproduktionen. Referenzen vorhanden.

Telefon (01) 78 48 20

**Andermatt**

Auf Beginn des Schuljahres 1974/75 sind in unserem Sommer- und Wintersportort folgende Stellen zu besetzen:

**1 Sekundarlehrer(in) phil. I**

mit Französisch (verschiedene Fächerkombinationen möglich)

**1 Sekundarlehrer phil. II**

Eintritt Ostern oder Herbst 1974

**1 Abschlussklassenlehrer**

(auch berufsbegleitende Ausbildung möglich)

Wir bieten:

- neuzeitlich geregeltes Gehalt;
- Teuerungs-, Familien-, Kinderzulagen;
- modern ausgerüstetes Schulhaus;
- angenehme Klassenbestände;
- junges Lehrerteam;
- Anrechnung ausserkantonaler Dienstjahre;
- ausgezeichnete Sommer- und Wintersportmöglichkeiten;
- freie Stundenwahl.

Haben Sie Freude am Wintersport, sind Sie bei uns am rechten Ort.

Auf Anfrage erteilen wir Ihnen gerne weitere Auskünfte.

Anmeldungen und Anfragen sind zu richten an: Schulpräsident Paul Meyer, Telefon (044) 6 74 81, Rektorat J. Meier, Postfach 22, 6490 Andermatt, Tel. (044) 6 76 38.

**Schulgemeinde Tuggen SZ**

sucht für das Schuljahr 1974/75 (Schulbeginn: 29. April 1974)

**2 Primarlehrer(innen)**

für die Mittelstufe

Wir bieten:

- grosszügige Besoldung und hohe Ortszulage, Treueprämien
- moderne und zeitgemässe Hilfsmittel
- sehr schulfreundliche Bevölkerung
- günstige Einzimmerwohnung

Mit den Bauarbeiten der neuen Schulanlage und des Lehrschwimmbeckens ist begonnen worden. Für weitere Auskünfte steht Ihnen das Schullektorat, Telefon 055/78 15 52/78 12 37, gerne zur Verfügung.

**Studium  
abgeschlossen?**

Ein Jahr

im Praktikum?

Aber «konzept»

wollen Sie

doch nicht ver-

missen!

Sie finden

einen Abonnier-

talon in dieser

Nummer.



Zur Erweiterung unseres Lehrkörpers suchen wir auf den Mai 1974 oder nach Vereinbarung einen

**Sekundarlehrer phil. I**

Interessenten, die auch an unteren Gymnasialklassen unterrichten können und die Freude hätten, am weiteren Ausbau unserer Schule mitzuarbeiten, laden wir gerne zu einem informativen Besuch bei uns ein.

Tel. (082) 6 58 51, Rektor: Dr. C. Baumann

**Realschule mit progymnasialer  
Abteilung Pratteln**

Auf Beginn des Schuljahres 1974/75 (16. April), evtl. später, ist bei uns

**1 Lehrstelle phil. I  
mit Geographie**

zu besetzen.

Pflichtstundenzahl: 27.

Anforderungen: 6 Semester Universitätsstudium. Schriftliche Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind an den Präsidenten der Realschulpflege, Herrn Dr. med. R. Bastian, Tramstrasse 20, 4133 Pratteln, zu richten. Telefon 061/81 32 21.

Realschulpflege Pratteln/Augst/Giebenach

Bringen Sie Ihre wissen-  
schaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten:  
Juris Druck + Verlag AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich  
Telefon 01 / 27 77 27

**Summer Tours**  
for Young Teachers and Students in USA, Canada,  
and Mexico as Guests of American Families

Dauer: 34 Tage

Tour A: Canada-Tour DM 1190.—  
Tour B: Florida-Tour DM 1210.—  
Tour C: Kalifornien-Tour: DM 1570.—  
Tour D: Mexiko-Tour DM 1710.—

Alle Touren schliessen Hin- und Rückflug, sämtliche Uebernachtungen sowie zum Teil Verpflegung ein

Veranstalter: Association for World Travel Exchange, 38 West, 88th Street New York.

Weitere Informationen durch die Beauftragte für Deutschland und die Schweiz: Uta Menzel, 8 München 50, Franz-Sperr-Weg 32, Tel. (089) 150 50 19.

USA-Flüge ab DM 395.—  
Südamerika-Flüge ab DM 900.—In der  
**Studentinnen-Kinder-Krippe, Universitäts-  
strasse 15**  
sind noch Plätze frei.**Studentinnen  
Assistentinnen  
Akademikerinnen**

können ihre Kinder vormittags oder nachmittags während vier Stunden in dieser modern geführten, repressionsfreien Krippe betreuen und fördern lassen.

Die Krippe nimmt Kinder im Alter von 1½ bis zu 5 Jahren auf.  
Anmeldung und Auskünfte in der Krippe.

VSETH

**BÜCHERMARKT**

Während der ersten zwei Wochen des Sommersemesters vom 16. 4. 1974 bis 26. 4. 1974, täglich von 12.00 bis 13.00 Uhr, vor dem Maschinenlaboratorium Clausiusstrasse 2, 8006 Zürich.

Der VSETH möchte den Studierenden der ETH (und anderen Interessenten) zu Semesterbeginn die Gelegenheit geben, gebrauchte Vorlesungsskripten, Autographien und Lehrbücher zu kaufen und zu verkaufen.

Die Bücher können selber verkauft werden oder an der Verkaufsstelle abgegeben werden, wo sie unentgeltlich vertrieben werden.

Wir möchten besonders höhere Semester, Diplomanden und Diplomierete auf diese bequeme Möglichkeit, Ballast abzuwerfen, aufmerksam machen.

VSETH-Vorstand

**Der Ferien-Hit für  
junge Leute:  
die Hotelplan  
Hitparade**

28 Seiten randvoll mit heissen Ferientips,  
getestet und ausgewählt von jungen Ferienfans.

Wo gibt's noch «Badeferien à la Robinson» ab Fr. 340.—? \*  
Wo finden Sie Sport und Fun à discrétion an der Costa del Sol ab Fr. 490.—? \*  
Warum kosten 17 Tage Traumerferien auf den Bahamas nur Fr. 1350.—? \*  
Wo gibt es noch unverfälschte Fischerdörfer? \*  
Wo herrscht 24-Stunden-Ferienbetrieb für Quicklebendige? \*

\* zuzüglich Preisaufschlag der Fluggesellschaft für Benzinpreiserhöhung

Das alles und noch viel mehr erfahren Sie in der HOTELPLAN «Hitparade»!

Zum Beispiel:

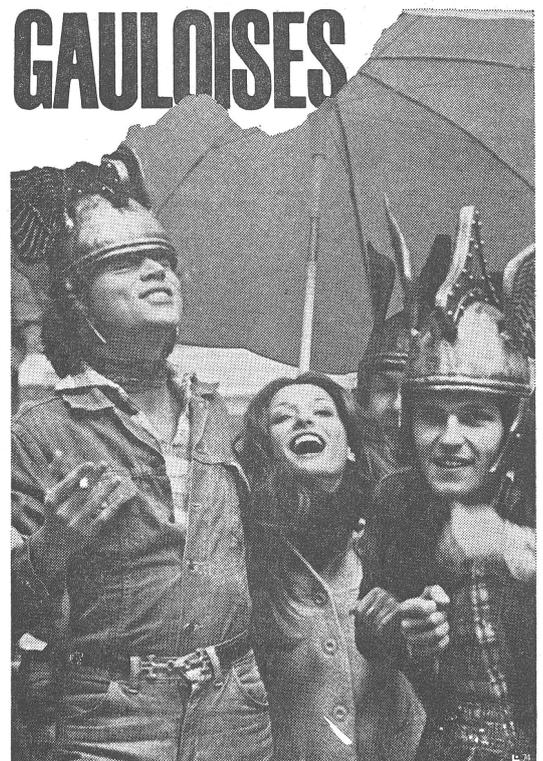
1. Dass wir Sie besonders günstig an Ihr Ziel bringen.
2. Dass Sie völlig unkonventionelle und lustige Ferien erwarten.
3. Dass Sie soviel Freiheit haben, wie Sie wollen.

Hauptsache: Sie fühlen sich wie ein Fisch im Wasser! Urteilen Sie selbst! Ein Telefon genügt und Sie erhalten Ihre HOTELPLAN «Hitparade»

8001 Zürich, Seidengasse 13, (01) 27 06 50 – 8031 Zürich, Talacker 30, (01) 27 14 50  
– 8004 Zürich, Badenerstrasse, (01) 39 36 36 – 8402 Winterthur, Unterer Graben 35,  
(052) 23 66 34 – 5000 Aarau, Einkaufszentrum «Telli», (064) 24 66 46 – 5400 Baden,  
Mellingerstrasse 1, (056) 22 23 63 – 3001 Bern, Hirschengraben 11, (031) 22 78 24 –  
2500 Biel, Marktgasse 30, (032) 6 72 72 – 4001 Basel, Steinenvorstadt 62, (061) 23 77 11  
– 3600 Thun, Am Bernort, (033) 3 50 21, ab Juni 1974: (033) 23 50 21 – 6000 Luzern,  
Alpenstrasse 12, (041) 23 75 45 – 9001 St. Gallen, Frongartenstrasse 5, (071) 22 61 61  
– 7000 Chur, Planaterrastrasse 2, (081) 22 72 22 – 9430 St. Margrethen, Einkaufs-  
zentrum Rheinpark, (071) 71 37 37

1030

**Hotelplan**  
...alle Ferien: Ihre besonders



Die vielgepriesene Entwicklung der Schweiz zur «Dienstleistungsgesellschaft»:

# Das «heimliche Imperium» — ein Wasserkopf?

Das Hohelied des kargen, energischen Schweizer Unternehmers, des verstorbenen über die Welt verwebenen Schweizer Reichthums in Lorenz Stuckis Buch «Das heimliche Imperium» hat der Schweiz eine Abrechnung der nationalen Mythen geliefert. Wir sind nicht nur tüchtig, wir sind auch international verglichen tüchtig, wir sind nicht nur steinreich und glücklich, sondern wir sind auch gegenüber dem Ausland und dank dem Ausland reich und mächtig. Stuckis Tatsachen stimmen — und dieser Artikel versucht sogar, weitere Aspekte des heimlichen Schweizer Imperiums im Ausland hervorzuheben. Aber die landläufige Bewertung dieses Sachverhalts ist allzu hemmungslos positiv. Haben

wir nicht durch dieses heimliche Imperium die Züge eines Weltgläubigers angenommen, der seine Auslandsbeziehungen, vorab zur dritten Welt, unter dem Aspekt betreibt, ob die Kasse stimmt? Die Stellungnahmen schweizerischer Industrieller zu internationalen Problemen lassen wegen ihrer Rückschrittlichkeit allgemeines Kopfschütteln auf das Land als ganzes zurückfallen. Und schliesslich: Zwingt die weitverbreitete Arbeitsteilung schweizerisch-unternehmerischer Auslandsbeziehungen nicht dem Land einen Dienstleistungs-Wasserkopf auf, der mit dem oft propagierten Ziel postindustrieller Freiheit wenig zu tun hat?

Beat Kappeler

Schon die blossen Zahlen des grossen schweizerischen Netto-Auslandvermögens legen neben dem Beweis internationaler erprobter Leistungsfähigkeit auch ein scharfes innenpolitisches Problem bloss. Tatsächlich dürfte heute das Auslandvermögen — Direktinvestitionen in Fabriken, Wertschriften- und Bodenbesitz sowie Bankguthaben — gegen 90 oder 100 Milliarden Franken betragen oder, auf jeden Einwohner umgerechnet, etwa 15 000 Franken. Da aber wohl kaum jede Familie dementsprechend 50 000 Franken Auslandvermögen besitzt, entfällt diese Durchschnittszahl nichts anderes als einen Aspekt der äusserst ungleichen inneren Vermögensverteilung des Landes. Schon diese einfache Überlegung verkehrt einen vermeintlichen Leistungsweis in ein Fragezeichen.

## «The ugly Swiss» oder Zwerge als Monopolisten

Während die Schweizer Grossbanken an den Währungskrisen der letzten sechziger Jahre vermutlich nicht derart schuldig waren, wie es ihr Spitzname «Gnomon von Zürich» suggerierte, haben in den letzten Monaten andere Schweizer Unternehmer weltweites Kopfschütteln erregt. In der englischen «Financial Times» wurde die Hoffmann-La Roche mit der berühmten ITT in einem Zug für die missrausche öffentliche Meinung gegen die Multinationalen verantwortlich gemacht. Wegen ihrer Valiumpreise laufen gegenwärtig Monopoluntersuchungen in England, Deutschland, der EWG und Australien.

Die schweizerische Uhrenindustrie rüstet noch immer jeden zweiten Uhrenkäufer der Welt und die Astronauten aus, aber die LIP-Affäre hat den Ebauches-Trust als Hauptaktionär in ein ungünstiges Licht gerückt. In internationalen Gewerkschaftszentralen gelten Nestlé, Ciba-Geigy und Roche als in vielen Punkten lichtscheue und schwierige Unternehmen. Mögliche Reibungsquellen schweizerischer Firmen mit ausländischen Kundenkreisen oder Arbeitern liegen wegen der faktischen Monopolstellung vieler, auch kleinster Unternehmer durchaus in der Luft.

Neben Nestlé und Roche als jeweils weltgrösstem Produzenten ihrer engeren Branche hält Schindler Platz zwei im Weltmarkt, Holderbank ist die drittgrösste Zement-Holding der Welt, und Alusuisse steht in der Aluminiumproduktion an fünfter oder sechster Stelle. Givaudan, ein aus Roche-Konzern gehörender Duftstoffproduzent in Genf, dürfte der zweitgrösste der Welt sein, die Schweizern gehörende Textilgruppe Schiesser ist der grösste europäische Bekleidungsfabrikant, Sulzer hält fast 40% des Weltmarkts für Schiffsdieselmotoren, und die kleine Firma Spühl in St. Gallen beherrscht 60% des Weltausstosses an Matratzenmaschinen. Ein Drittel der Menschheit ruht auf Matratzen, die durch Spühl-Maschinen hergestellt wurden.

Der Terza-Konzern erwarb eine «massgebliche Beteiligung» an der Solo-Zürchhofzfabrik in Oesterreich, die den gesamten dortigen Bedarf bereitstellt und nach exportiert. 20% des Kapitals des Mischkonzerns Liton und 10% der Weltfirma Royal Dutch werden von Schweizer Grossbanken verwaltet. Die schweizerische Textilmaschinenindustrie schliesslich hat vollere Auf-



tragsbücher als je zuvor, obwohl ihre Kunden in Italien und England wegen Währungsstörungen gegen 50% mehr zahlen müssen dafür, denn es gibt einfach keine ersten Konkurrenten mehr.

## Mächtige Auslandkolonien

Ins Rampenlicht geraten könnten die Schweizer Multinationalen aber auch, weil ihre zusammengerechneten Investitionen sie in vielen Ländern unter die ersten Ränge der Auslandsinvestoren treten lassen. In Spanien etwa stammten zwischen 1960 und 1970 27% aller Auslandsinvestitionen, die ein wesentlicher Bestandteil des spanischen arbeiterfeindlichen Booms sind, aus der Schweiz. Nur die USA investierten mit 34% noch mehr. In der Bundesrepublik hält die Schweiz den zweiten Platz (mit 13,5% der ausländischen Investitionen), in den USA (mit 11%) und in Oesterreich (mit 16%) den dritten Rang. In Brasilien (mit 7,5%) dürften schweizerische Investoren auf Platz 5 liegen.

Die grösste Auslandsfirma Aegyptens heisst Swisspharma und gehört zu Ciba-Geigy und Sandoz-Wander. Unter den erwähnten österreichischen Besitzungen befinden sich substantielle Beteiligungen an sieben grossen Warenhäusern, an der grossen Liftfirma Wertheim und an den Zementwerken Perlmöser.

Vor allem in Entwicklungsländern, die ihre Interessen erkannt haben, führen derart hervorsteckende Besitzungen schweizerischer Kreise zu Enteignungen, etwa in Peru, wo eine Telephone-

gesellschaft und die weitaus grösste Zementfabrik des Landes, Cementos Lima (Holderbank-Beteiligung), verstaatlicht wurden. Auch die schweizerische Beherrschung des peruanischen Elektrizitätswesens über die Lima Light and Power (Motor-Columbus und BBC-Kreise) wird schrittweise durch Staatsbeteiligungen abgebaut, was die zur Motor-Columbus gehörende südamerikanische Elektrizitätsgesellschaft eine «Brückierung» nannte.

Vorsorglicherweise wurde innerhalb des Politischen Departements letztes Jahr eine «Sektion für Entschädigungsabkommen» errichtet, um den betroffenen Unternehmen diplomatische Unterstützung bieten zu können. Der schweizerische Staat darf sich allerdings während der ganzen Aufbauperiode solcher aussenwirtschaftlicher Beziehungen nicht darum interessieren, welche gesellschaftlichen Auswirkungen sie haben könnten. So lehnte der Bundesrat etwa eine Einflussnahme auf die Lohnpolitik schweizerischer Firmen im rassistischen Südafrika ab, er behauptet, nicht viel gegen die Umgehung des Rhodesienboykotts tun zu können, er kann die Investitionspolitik schweizerischer Unternehmen in Chile oder Brasilien nicht beeinflussen, und er kann Waffenvermittlungsgeschäfte der schweizerischen Dow-Chemical-Filiale nicht bestrafen. Aber wenn eine schweizerische Investition für das Gastland untragbar wird und es zur Enteignung kommt, schafft der schweizerische Staat Spezialsektionen und setzt seine «solidarische und neutrale» Aussenpolitik den Belastungen einer solchen Interessenvertretung aus.

## Ungenietherheiten

Die Haltung führender Schweizer Unternehmer macht es unserer Aussenpolitik auch nicht viel leichter. «Die Bodenschätze dieser Welt dürfen nicht mehr länger der Willkür einzelner Regierungen überlassen bleiben, sondern sollten der gesamten Weltöffentlichkeit gehören», meinte Max Schmidheiny, als die OPEC letztes Jahr ihre Zähne zeigte. Der Bundesrat musste sofort arabische Regierungen beruhigen und sich vom Privatmann Schmidheiny distanzieren. Dieser ist Mitinhaber mindestens dreier multinationaler Konzerne, nämlich der Holderbank, der Eternitgruppe seiner Familie und der Wild AG, von denen die ersten zwei Bodenschätze ausbeuten, und daher, wie Peru im Fall seiner Cementos Lima richtig erkannte, nicht nur Privatmann. Andere schweizerische Unternehmerpersönlichkeiten wiederum fielen an-

lässlich der Hearings über die Multinationalen in Genf im letzten Jahr nicht nur internationalen Gewerkschaftern als öffentlichkeitsscheu und rückständig auf. Die «Industrie-Holding» ihrerseits, ein Interessenverband der grossen schweizerischen Multinationalen (die Mitglieder beschäftigen 300 000 Arbeiter im Ausland) nannte die Forderungen der Entwicklungsländer nach Beteiligung ihrer nationalen Bourgeoisie an den Auslandsfilialen «nationalistisch». Sie drohte, diese Länder hätten sich von neuen Investitionen und Techniken isoliert, obwohl bekannt ist, dass fortschrittlichere Multinationale sogar eine einseitige Beteiligung als Vertrauens- und Sicherheitsmoment betrachten. Die an den Bedürfnissen unserer Auslandsbeteiligungen gemessene Interessenslastigkeit macht sich auch in den Stellungnahmen schweizerischer internationaler Verhandlungsdelegationen, etwa bei der Unctad, bemerkbar.

## Die Schweiz wird zum Grossraumbüro

Zwänge aus dem schweizerischen Aussenrecht ergeben sich aber nicht nur für unsere Beziehungen zur wirtschaftlich abhängigen Welt. Die dadurch bewusst angestrebte internationale Arbeitsteilung verändert auch den Tätigkeitsbereich der meisten Schweizer selbst. Die forcierte Auslandsverlagerung der meisten Konzerne macht das Inland zur Heimat von Forschungs- und Konzernzentralen. Waren es früher die Sättigung der Inlandmärkte und die andernorts errichteten Zollmauern, welche zur Errichtung von Auslandsfilialen führten, so sind heute der Arbeitskräftemangel und das tiefere Lohnniveau im Ausland dafür verantwortlich.

Das Bestehen des grossen Auslandbesitzes steigert die Wirkung dieser zwei Faktoren wiederum. Denn die dort installierten Anlagen werden oft in der Schweiz anfertigt und blähen die Exportindustrie weiter auf. Die Einkommen aus dem Auslandsgeschäft, die in der — sicher lückenhaften — Ertragsbilanz des Statistisches Amtes mit jährlich 3,5 Milliarden zutage treten, vermehren die inländischen Einkommen. Mit den Lizenz- und Patenterträgen (den höchsten der Welt) zusammen dürften diese Hauptstützen bis zu 10% des Volkseinkommens ausmachen (vgl. Konzept Nr. 2/1974).

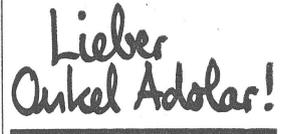
Überdies flossen schon 1970 den Versicherungen zwei Drittel oder 7 Milliarden ihres Prämieninkommens aus dem Ausland zu. 1962 bereits haben die Schweizer Rückversicherer ein Viertel der Welt-Rückversicherungsbeträge. Die Entwicklung zu weiteren «Aussenverlagerungen in lohnintensiven Produktionen» und die weitere Steigerung des Einkommensniveaus dürften sich daher selbst spiralförmig weitertragen. In die gleiche Richtung wirkt ferner der Zuzug internationaler Holdinggesellschaften, die hier Steuererleichterung, Holdingprivileg und Bankgemeinschaften. Mit der Planungs-tätigkeit der beratenden Ingenieurgesellschaften (Motor-Columbus, Elektro-Watt), deren Haupttätigkeit im Ausland liegt, mit der weiteren Ausdehnung von Versicherungs- und Welthandelsfirmen verlagert sich das Gewicht der wirtschaftlichen Tätigkeit des Schweizlers ebenfalls ins Büro, in die Dienstleistungen.

## Gepriesene Dienstleistungsgesellschaft

Diese Folgen haben positive Seiten. Die Arbeit in Forschung, Entwicklung, Konzernverwaltung und Planung stellt höhere Ansprüche an Ausbildung, und der Bedarf an qualifiziertem Kader wird viele Unternehmer den von ihnen bekämpften Bildungsartikeln dereinst

(Fortsetzung Seite 10)

Unser Briefkasten für Ahnungseuse



In einer Zeit zunehmender politischer und wirtschaftlicher Unsicherheit sehen wir uns immer mehr vor brennende Fragen gestellt, die geheimerisch eine klare Antwort erheischen. Kein Blatt von Rang und Namen kann da abseits stehen, wo ein dringendes Informationsbedürfnis zu stillen ist. Wir freuen uns daher, unseren geschätzten Lesern die Dienste Onkel Adolars, eines versierten Kenners der Materie, zur Verfügung stellen zu können. Er wird mit Rat und Tat beistehen, wo es gilt, Dinge ins recht Licht zu rücken.

Die Redaktion

Fräulein A.G. in Z. Ganz einer Meinung mit Ihnen: Herr Schürmann ist nun einmal einfach ein Preis-Schläger und ein Preis-Brecher, sonst hätten wir ja nicht nur 11 Prozent Teuerung pro Jahr. Wer kann schliesslich beweisen, dass es nicht noch mehr hätte sein können! Und damit wir die 11 Prozent auch wirklich geniessen können, macht es Schürmann jetzt noch Lohn-Ende!

\*

Herr W.F. in Z. Uebertrieben finde auch ich, wenn die Bergarbeiter in Grossbritannien streiken, weil ihnen ein Einkommen von umgerechnet knapp tausend Franken angeblich nicht mehr genügt. Alles, was recht ist: Wenn ein Untertagelöhner sich anmasset, ein Tagelöhnerinkommen zu verdienen, dann stimmt einfach etwas nicht mehr. In diesem Zusammenhang möchte ich auch den verschiedenen Verwaltungsratsstreiks, die da und dort angekündigt wurden, weil die Aktionäre um die Teuerungszulage auf ihren Dividenden bängen, meine volle Unterstützung zusagen.

\*

Herr S.O.-S. an der ETH. Nein, ich kann Ihre Auffassung nicht teilen. Als Student sollten Sie eigentlich selbst feststellen können, dass in der vorletzten «konzept»-Nummer nicht äusserst einseitig, sondern gut vierseitig über die Vorfälle in Chile berichtet wurde. Zudem sei die Gegenfrage erlaubt, ob die von Ihnen offenbar anvisierte «andere Seite» in den Schweizer Medien nicht schon mehr als genug Verbreitung gefunden habe.

\*

Frau O.R. in L. Anlässlich der Nationalratsdebatte über das Raumplanungsgesetz ist in Ihnen die Frage laut geworden, ob nicht die Interessen der Landbesitzer wieder einmal in unzulässiger Weise über diejenigen der viel zahlreicheren Nichtbesitzer, der Mieter also, gestellt worden seien. Sie vernachlässigen dabei aber die Tatsache, dass die Grundstückeigentümer — ich zitiere hier CVP-Nationalrat Innocenz Lehner, Wallis — flächenmässig 70 Prozent des Bodens besitzen, also die Mehrheit, auch wenn sie zahlenmässig nur 8 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Es wäre daher im bürgerlich-demokratischen Sinn durchaus unzulässig, die Landeigentümer zu übergehen wie irgendeine andere Minderheit. Aus Ihren Worten spricht im übrigen ein sattsam bekannter bodenloser Neid gegenüber jenen, die — sei es durch Erben oder Spekulationen — etwas geleistet haben.

## Abonnieren Sie



Die Zeitung, bei der die Information nicht an der Oberfläche bleibt. Jeden Monat eingehende Berichte, fundierte Analysen und kritische Kommentare

- zu brillanten innenpolitischen Themen
- zur internen Entwicklung anderer Staaten, insbes. Entwicklungsländer
- zu bildungs- und wissenschaftspolitischen Problemen
- zu Kulturfragen

Ständige Mitarbeiter: Roman Brodmann, Walter Matthias Diggelmann, Beat Kappeler, Niklaus Meienberg.

«konzept», die Zeitung für kritische Leser, die engagierte Auseinandersetzungen nicht scheuen. In jeder Nummer viele freizügige Kontaktinserate.

Abonnement: Pro Jahrgang Inland Fr. 12.-, Ausland Fr. 14.-, Abonnemente laufen jeweils von Januar bis Dezember. Die nächsten 8 Nummern (bis Dezember 1974): Fr. 9.- (Ausland Fr. 11.-).

Talon in mit 30 Rappen frankiertem Couvert einsenden an: Administration «konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich

Herr/Frau/Fräulein (Nichtzutreffendes streichen)

Name, Vorname:

Strasse, Nr.:

PLZ, Ort:

Abonniert ab sofort «konzept» bis Dezember 1974.

Datum, Ort:

Beruf: Unterschrift:

Schicken Sie bitte eine Gratisprobenummer an folgenden Bekannten: k 74/3

## Das wirtschaftliche «Weltreich» Schweiz

(TA 11.9.72)	Personale	In der Schweiz	Im Ausland
Nestlé-Unilac	84 000	5 000	79 000
Konzern BBC, Baden/Mannheim	77 000	15 000	62 000
Ciba, Basel	27 000	10 000	17 000
Sulzer, Winterthur	22 000	14 000	8 000
Alusuisse	20 000	4 500	15 500
Geigy, Basel	17 000	6 000	11 000
Bally, Schönenwerd	16 200	7 200	9 000
Sandoz, Basel	15 000	6 000	9 000
Konzern Schindler	14 000	7 000	7 000
Georg Fischer, Schaffhausen	13 900	6 300	7 600
Hoffmann-La Roche, Basel	13 500	3 600	9 900
Leidig und Gyr, Zug	13 000	7 000	6 000
Bührle und Co., Zürich	13 000	7 500	5 500
Swissair	8 900	6 900	2 000
Ursina	8 000	1 000	7 000
Zürich-Versicherungen	7 500	1 500	6 000
Ad. Saurer, Arbon	6 000	5 300	700
MFO, Oerlikon	6 000	4 600	1 400

(Fortsetzung von Seite 9)

herbeiwünschen lassen. 1970 hielt sich in der Schweiz die im industriellen und im tertiären Sektor Beschäftigten schon beinahe die Waage. Ein anspruchsvolles Kommunikationsnetz ist entstanden, das sich in der zweitgrössten Computerrichte und in der grössten Telexdichte der Welt äussert. Die Forschung hat international beachtete Ergebnisse vorzuweisen.

Die Befreiung von körperlicher Plackerei kommt den Schweizern aber noch viel stärker zugute, als die Statistiken vermuten lassen. Denn wenn es auf 1000 aktiv tätige Einwohner im Landesdurchschnitt 1089 Nichtberufstätige trifft, steigt die Zahl der Nichtberufstätigen unter den Schweizern allein auf 1210 - dank der relativ stärkeren aktiven ausländischen Wohnbevölkerung. Der Aufstieg der Schweizer zu Forschung, anspruchsvoller Facharbeit und Dienstleistungsbeschäftigung setzt seinerseits die in ausländischen Fabriken gängige Serienarbeit voraus - etwa bei Wild in Singapur, bei Paillard in Brasilien und Ungarn oder allgemein bei den Lieferanten unserer Importgüter. Denn dies ist ein weiterer Aspekt. Die Schweiz exportiert hauptsächlich verarbeitete Produkte mit hoher Wertschöpfung und raffiniertem technischen Gehalt, während die mühsamere Beschaffung von Rohmaterialien in Minen und Stahlkochereien und die langweilige Serienfertigung von gängigen Geräten und Verbrauchsgesgegenständen den Arbeitern der Importierfirmen überlassen bleiben. Die positiven Seiten unserer «postindustriellen» Entwicklung verdanken wir also der Verlagerung der Plackerei zu Fremdarbeitern und einkommenschwächeren Ländern, kurz, der Arbeitsteilung im In- und Ausland.

### Dienstleistungsgesellschaft als Leistungsgesellschaft

Das vielgebrauchte Etikett «Dienstleistungsgesellschaft» oder «nachindustrielle» Gesellschaft vermag aber einige wesentliche Schattenseiten dieser künftigen Entwicklung nicht zu verdecken. Die in der Industrie durch Rationalisierung frei gewordenen Arbeitsplätze müssen in unserem Wirtschaftssystem eigentlich zu Arbeitslosigkeit führen, wenn nicht eine rasche Ausdehnung des Dienstleistungssektors neue Arbeitsmöglichkeiten schaffen würde. Immer weitere Lebensbereiche, die der einzelne früher selbst zu bewältigen Zeit fand, werden als unternehmerisch erbrachte Dienstleistungen in den Wirtschaftsprozess einbezogen. Buchhaltungen, Bankdienste, Körperpflege und Sport, Haushalt-

Kochen und Reinigen zählen dazu, gerade so wie Ferienplanung, Vermittlung von Arbeit und Wohnung, Freizeitgestaltung und Wohnungseinrichtung.

Ein wachsender Teil der Lebensbereiche wird derart zum Objekt wirtschaftlicher Verwertung und bringt eine weitere Arbeitsteilung. Die in der Industrie gewonnene Produktivität wird durch diese Tätigkeiten verschluckt und die gewonnene Freizeitmöglichkeit vertan. Ein aufgelaesener Dienst- und Verteilungsapparat macht einen wachsenden Teil des Produktpreises aus. 1941 gingen in der amerikanischen Wirtschaft bereits 59% der bezahlten Detailpreise in die Verteilungsaufwendungen, wie eine damalige Studie des Twentieth Century Fund belegte.

### Der Zwang zur Phantasielosigkeit

Währenddem der einzelne in seiner Arbeit im «Grossraumbüro Schweiz» für Forschung, Management und Verwaltung professionell zu Kreativität angehalten werden wird, nimmt ihm die Dienstleistungsexpansion den Anlass, Kreativität in der Ausgestaltung seines persönlichen Lebensbereichs zu entwickeln. Die immer noch gleich bleibende Arbeitszeit, die für die Erbringung dieser Dienste notwendig ist, nimmt ihm überdies die Gelegenheit dazu. Der eigentlich durch die Produktivität freigesetzte Spielraum zu kreativer Freizeit wird durch die Leistungsgesellschaft der arbeitsteiligen Dienstleistungen usurpiert. Statt den unständlicheren, freieren Walddlauf erarbeitete man sich den teuer-sterilen Fitness-Club, statt die selbst vorbereitete Reiseroute das Ferienarrangement, statt Selbstgekochtes das Fertigenü, statt selbst gebastelter Wohnungseinrichtung den Dekorateur, Treppenhäuser, Gärten und Heizung in den Wohnblocktreppchen rund um die Städte werden nicht mehr gemeinsam oder im Turnus von den Bewohnern bewältigt, sondern arbeitsteilig vom dazu über teure Mieten finanzierten Hauswart.

Ist die Dienstleistungsgesellschaft einmal verankert, werden auch Arbeitszeitverkürzungen immer unmöglicher. Denn Dienste lassen sich kaum rationalisieren und werden daher auch nie relativ billiger werden. Für eine solche arbeitsintensive Dienstleistungsstunde wird der Kunde stets den Verdienst einer eigenen Arbeitsstunde hinlegen müssen. Die Coiffeurtarife sind ein Beispiel dafür. Industrieprodukte, etwa Kleider, kosten aber, in Arbeitsstunden ausgedrückt, immer weniger. Theoretisch wäre sogar eine vollautomatisierte nachindustrielle Gesellschaft denkbar, wo sich jedermann 44 Stunden

pro Woche arbeitsteilig mit Dienstleistung beschäftigte und seine Dienstansprüche selbst von allen andern bezöge. Der durch die vollentwickelten Produktivkräfte und die Auslandsverlagerung erreichte Spielraum zur Freiheit wäre dann aber ebenso vollumfänglich vertan. Die gegenwärtige Entwicklung der schweizerischen Wirtschaft und Gesellschaft tendiert dazu, uns zu einem reichen, unbeliebten Gläubigerstaat in einer grösstenteils noch armen Welt zu machen, der überdies seine emanzipatorische Chance im Innern verpasst.



**konzept Tip**

In dieser Spalte veröffentlicht die Redaktion von «konzept» Hinweise auf lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion, die ihr zuzustellen werden.

### Professionelle Umweltschlichter oder freischwebende Künstler?

14 Artikel zur Rolle und Berufsperspektive des Architekten und Planers, worunter zum Beispiel eine «Branchenanalyse des Bauhauptgewerbes», unter besonderer Bezugnahme auf die Architektenausbildung, sind in der Broschüre «Hochschuldidaktik und politische Realität» enthalten. Gegen 5 Franken in Briefmarken bei «konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich, erhältlich.

### Die Macht der Konzerne

Kapitalkonzentration und Wirtschaftsverflechtung in der Schweiz werden in einer 253 Seiten starken und ausführlich dokumentierten Studie untersucht, die zum Preis von 10 Franken erhältlich ist beim Autorenkollektiv, c/o Ruth Bärtschi, Seftigenstrasse, 3084 Wabern. In einem ersten Teil werden unter dem Titel «Kapitalkonzentration als Teilauschnitt der sozioökonomischen Entwicklung der Schweiz» der Konzentrationsprozess, dessen Triebkräfte und Folgen sowie der Zusammenhang von Konzentration und Wettbewerb in der bürgerlichen Wirtschaftstheorie analysiert. Er verbindet die begriffliche Klärung (insbesonders für Nichtökonomien) mit einer Materialsammlung, die einen Ueberblick über den Stand und die Entwicklungstendenzen der Kapitalkonzentration in der schweizerischen Wirtschaft gibt, sowie mit einigen An-

## ++ redaktionelles ++ redak

«konzept - das Blatt, das kein Blatt vor den Mund nimmt», lautet unser Slogan, dem für die Redaktion zugleich auch die Bedeutung einer Richtlinie zukommt. Aber wir wollen nicht nur kein Blatt vor den Mund nehmen dort, wo es unangenehme Tatsachen zu entlarven und unbekanntes Hintergrund aufzuzeigen gilt, sondern uns auch bemühen, die Schranken zwischen der Redaktion und dem Leser abzubauen. Deshalb unsere Anregung: Helfen Sie uns mit, kein Blatt vor den Mund zu nehmen! Gelangen Sie an uns, wenn Ihnen empörende Zustände in einer Fremdarbeitersiedlung, unzumutbare Behandlung von Lehrlingen, skandalöse Beschuldigungen der Meinungsfreiheit zu Ohren kommen. Weisen Sie uns auf derartige Informationen hin, geben Sie uns Kontaktpersonen und -adressen an. Oder gesetzt den Fall, Sie wissen von einer Gruppe, einem Seminar oder einer Einzelperson, die mit einer Untersuchung beschäftigt ist, die für unsere rund 40 000 Leser von Interesse sein könnte: Regen Sie sie zur Kontaktaufnahme mit uns an! Beachten Sie auch, dass wir in unserer Spalte «konzept-Tip» stets auf lesenswerte Publikationen hinweisen, die nicht zur kommerziellen Produktion gehören. Je mehr derartige Publikationen wir erhalten, desto vollständiger werden die Hinweise, die wir unseren Lesern geben können. Helfen Sie mit, dass uns kritische Broschüren, Zeitschriften, Dokumentationen regelmässig zugesandt werden. Wir erachten es

als wenig sinnvoll, wenn zwei verschiedene Gruppen in Bern und St. Gallen ein gleiches Problem untersuchen, ohne sich gegenseitig zu kennen. Da kann unsere Tip-Spalte koordinierend wirken.

Vergessen Sie auch nicht, wenn Sie anderer Meinung sind als die Autoren unserer Artikel, uns dies mitzuteilen. Denn zu einem Blatt ohne Blatt vor dem Mund gehört auch eine lebhaft Diskussion. Nehmen Sie daran teil, indem Sie uns auch Ihre Meinung in einer möglichst kurzen Zuschrift (damit wir möglichst deren viele abdrucken können) beikanngeben. Wer weiss - vielleicht haben Sie unseren Lesern sogar eine interessante Zusatzinformation zu geben, ein konkretes Beispiel etwa, das in einer längeren Untersuchung nicht erwähnt worden ist und den Tabestand erhellen kann.

Eine Zeitung, die Denkanstösse geben will, erwartet von ihren Lesern nicht eine passive Konsumentenhaltung. Werden deshalb auch Sie zum Mitmacher! Wir oder die nette Stimme unseres automatischen Telefonbeantworters stehen Ihnen von 7 bis 22 Uhr unter Tel.-Nr. (01) 47 75 30 zur Verfügung. Unsere Adresse finden Sie im Impressum.

Ihre Redaktion «konzept»

PS: Ahnungslose richten ihre Zuschriften immer noch mit Vorteil an unsern Onkel Adolar, der ihre Fragen möglichst gewissenhaft beantwortet wird.

haltspunkten' zur politischen Beurteilung des Konzentrationsprozesses. Der zweite Teil ist dem «Konzentrationsprozess in ausgewählten Branchen der schweizerischen Wirtschaft» gewidmet. Die Branchenteile (Metall- und Maschinenindustrie, chemische Industrie, Nahrungsmittelindustrie, Baumaterialindustrie) sind jeweils in drei Abschnitte gegliedert: allgemeine Merkmale der Branche, ausgewählte Firmengruppen und ausgewählte Produktgruppen.

### Zuviel oder zuwenig Aerzte?

«Gesundheitsdienst und Aertbedarf» und «Versuche einer sozio-ökonomischen Deutung des Numerus clausus» heissen die beiden Kapitel der Broschüre «Numerus clausus», in denen das Problem des Aerztebedarfs und der medizinischen Versorgung abgehandelt wird. Die Broschüre geht auch auf die Situation in der medizinischen Ausbildung ein (Engpässe) und versucht die

Frage zu beantworten, ob wir in Zukunft zuviel oder zuwenig Aerzte haben werden. Erhältlich gegen 2 Franken in Briefmarken bei «konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich.

### Drehbuch eines Films von Volker Schlöndorff

Gegen 1.50 Franken in Briefmarken ist bei «konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich, das vollständige Drehbuch des 1971 entstandenen Films «Der plötzliche Reichtum der armen Leute von Kombach» erhältlich. In diesem sozialkritischen Werk des Autors des «Jungen Törless» wird die Situation armer Bauern und Tagelöhner in Oberhessen beschrieben, die einen mit Steuergeldern beladenen Geldkarren rauben und daraufhin verurteilt und hingerichtet werden. Dem Drehbuch angegliedert ist ein Interview mit Schlöndorff über seine Arbeit.



aber im Moment hopsen erst die Ferienpläne in der Badehose rum. Und für diesen Moment hat der SSR ganz schön viel Badeunterlagen für Deine Ferienpläne im neuen Sommer-Herbst-Programm zurechtgelegt:

Für Romantiker ist **Maslinica** in Jugoslawien. Zwei Wochen Badeferien in trutziger Burg auf einsamer Insel kostet zwischen Fr. 495.- und Fr. 855.-. Drei Schiffsstunden von Piräus entfernt liegt die Insel **Agistri**, noch nicht so überlaufen wie die übrigen Inseln in der Aegeis, kosten Dich 14 Tage fern vom Massentourismus Fr. 670.- bis Fr. 940.-. In **Kalogria**, am weiten Sandstrand des Peloponnes, triffst Du Jugendliche aus ganz Europa, und das ist schon je nach Komfort Fr. 725.- bis Fr. 1190.- wert. Beinahe kommardisch geht es in Aghios Nicolas auf **Kreta** zu und her. Im Preis von Fr. 665.- bis Fr. 825.- kann nicht viel inbegriffen sein, weshalb Du mit den andern das Haus Spantidaki fast autonom verwaltest. **Paros**, das Mekka für individuellen Bader, bietet ebenfalls von Fr. 625.- bis Fr. 750.- Privatunterkünfte und eine familiäre Dorfatmosphäre an.

Mit Sand-, Kies- und Felsstrand bietet in der Türkei **Alanya** zwischen Fr. 815.- und Fr. 975.- für alle Füsse die rechte Unterlage. Nur mit Sonne und Petroleumlicht musst Du Dich in **St. Florent** auf Korsika zurechtfinden. Waderski, Segeln und Tauchen sind im Preis von Fr. 790.- bis Fr. 870.- à discrétion inbegriffen. Mit vielen Jugendlichen aus verschiedenen Ländern verbringst Du in **Cap d'Al** an der französischen Riviera ab Ort zwischen Fr. 185.- und Fr. 250.- Deine Ferien. Ruhe und Erholung in **Cant de Mar** ist Dir für Fr. 490.- bis Fr. 615.- an der Costa Dorada gesichert. Viel Wasser, Strand und Kultur in **Pineda de Mar** (Nähe Barcelonäs) für Fr. 435.- bis Fr. 570.- Alle Preise verstehen sich für 14 Tage.

## Bald ist Sommerfrische



**SSR, Schweizerischer Studentenreisedienst**  
Verkaufsbüros in Basel, Bern, Genève, Lausanne, Lyon, Neuchâtel, St. Gallen, Zürich

Forderungen für eine rationale Bildungs- und Hochschulpolitik:

## Wo bleibt die «Hochschule Schweiz»?

Weitsichtige Bildungspolitiker betonen es in letzter Zeit immer häufiger, dass das schweizerische Hochschulwesen (1) eine Krise von bisher nicht bekanntem Ausmass (2) hineinsteuere. Um den Weg aus der Talsohle, in der sich die schweizerische Bildungspolitik gegenwärtig befindet, ohne Aufschub anzutreten, sind heute jene konkreten Schritte zu bestimmen, die mit gesetzgeberischen und organisatorischen Massnahmen

den «Zustand 74» so rasch als möglich überwinden helfen. Dabei müssen sich die konkreten Schritte an (provisorischen) Leitvorstellungen orientieren, ohne diese allzusehr zu zementieren. Es dürfen keine Sachzwänge geschaffen werden, die es verunmöglichen, nach einer künftigen systematischen Zielbestimmung sich u. U. aufdrängende Kursänderungen vorzunehmen.

Richard Bauer

Deshalb fordert der VSS in erster Dringlichkeit eine bildungspolitische Gesamtkonzeption.

Nur im Rahmen einer solchen Konzeption lassen sich für das Hochschulsystem als einen Teilbereich des ganzen Bildungssystems sinnvolle Ziele festlegen und, daraus abgeleitet, die angemessenen Mittel einsetzen. Voraussetzung aller bildungspolitischen Entscheidungen müssen wissenschaftliche Untersuchungen sein, die eine rationale Meinungsbildung und Entscheidungsfindung ermöglichen. Entsprechend der Grösse und der Wichtigkeit dieser Aufgabe sind unverzüglich alle Massnahmen einzuleiten, die den Ausbau der Bildungswissenschaften in der Schweiz beschleunigen können. Dazu gehört die Verwirklichung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats, dessen «Forschungsbericht» die Bildungswissenschaften nicht zufällig der Sonderförderung unterstellt. (2)

Ein besonderer Stab von Fachleuten hat im Auftrag des Bundes in transparenter Arbeitsweise die wissenschaftlichen Einzelergebnisse zusammenzutragen, das sich so ergebende bildungspolitische Gesamtbild in Zusammenhang mit den übrigen gesellschaftlichen Leitvorstellungen zu bringen und alternative Vorschläge für eine gesetzgeberische Verwirklichung der Postulate vorzuschlagen.

Die Erarbeitung bildungswissenschaftlichen Grundlagenmaterials allein kann nicht zu einer Veränderung des Status quo führen, am allerwenigsten im Bereich der weitgehend föderalistisch geordneten Hochschulbildung.

### Neue Bildungsartikel

Deshalb fordert der VSS in paralleler Dringlichkeit die Ausarbeitung neuer Bildungsartikel für die Bundesverfassung.

Die Bildungsartikel müssen dem Bund die bitter nötige Grundsatzkompetenz für alle Bildungssektoren geben. Nur so können – auf dem Weg einer verbesserten Koordination – die gravierenden interkantonalen Bildungsunterschiede abgebaut werden. Auf einer einheitlichen Mittel- und Berufsschulkonzeption aufbauend, wird damit eine harmonische Abstimmung und Entwicklung des tertiären Bildungswesens möglich. Den kantonalen Universitätsföderalismus gilt es zugunsten eines schweizerischen Hochschulwesens und -handelns zu überwinden. Das Scheitern der Bildungsartikel am Ständemehr in der Volksabstimmung vom März 1973 darf nicht zu einer künstlich verlängerten Resignationsphase in der Bildungspolitik führen. Bundesrat Tscharni vor dem Nationalrat:

«Verschiedene wichtige Probleme unserer Bildungspolitik können aufgrund der heutigen Verfassungslage keine befriedigende Lösung finden. Ich erwähne nur die Lage im Stipendienwesen, die Förderung der Erwachsenenbildung und der ausserschulischen Jugendbildung sowie die dringend nötige Koordination im Bereich der Hochschulen. (...) Um eine zweckmässige Ordnung des Mittel- und Hochschulwesens zu erreichen, bedarf es einer neuen Verfassungsgrundlage. Endlich ist die jetzige Beschränkung der Zuständigkeit des Bundes im Berufsbildungssektor, vor allem der Ausschluss der Pflegeberufe, nicht mehr gerechtfertigt.» (3)

Die von vielen Parteien und Interessenverbänden als unangenehm und als beim Volk unbeliebt eingeschätzten Bildungsfragen lassen sich nicht ohne schweren Schaden geflissentlich vernachlässigen. Verschiedene Postulate aus dem Jahr 1973 (4) haben das Terrain für einen neuen Anlauf auf Bundesebene vorbereitet, im Bühnen um die Volksgunst ein sogenanntes «Bildungspolitisch besseres Klima» abwarten heisst nichts anderes, als das Schweizer Volk für dumme verkaufen. Bei offener Aufklärung wird kaum ein Schweizer in Bildungssachen seine eigenen Interessen verweigern.

Ohne wissenschaftliche Durchleuchtung des gesamten Bildungswesens und ohne verfassungsmässige Grundsatzkompetenz des Bundes für den Hochschulbereich ist alles kosmetische Herumwerkeln an neuen Hochschulförderungsgesetzen als reine Symptomkämpfung zwecklos.

### Bundesgesetz für das höhere Bildungswesen

Deshalb fordert der VSS mittelfristig ein Bundesgesetz über das höhere Bildungswesen, das auf neue Bildungsartikel in der Verfassung abgestützt ist.

Das neue Gesetz hat das Prinzip einer den steigenden Anforderungen der Gesellschaft angemessenen funk-

tionstüchtigen «Hochschule Schweiz» in Tat umzusetzen, indem es vor allem: ● das tertiäre Bildungswesen der Schweiz nicht zu einer gemeinsamen Aufgabe von Bund und Kanton erklärt, sondern es auch tatsächlich dazu macht;

● alle höheren Bildungsanstalten (Universitäten, Techniken, Berufsschulen) einbezieht;

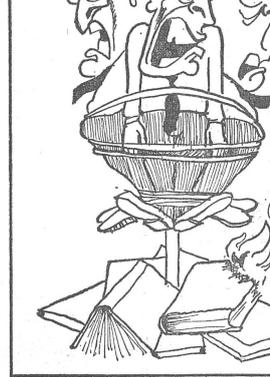
● die Kompetenzverteilung im höheren Bildungswesen so regelt, dass das schweizerische Gesamtinteresse niemals durch provinzielle Einzelinteressen eines Kantons vergewaltigt werden kann;

● alle Grundsatzentscheide im Planungsbereich zentral koordiniert, demokratisch abstützt und dafür sorgt, dass Details effizient und Vollzug rationell und effizient gefällt bzw. ausgeführt werden;

● die Nicht-Hochschulkantone in angemessener Weise und in weit höherem Mass als bisher zur Finanzierung der höheren Bildungsanstalten bezieht;

● das Postulat des «social demand» im tertiären Bildungsbereich garantiert, das das Studienplatzangebot entsprechend der Nachfrage des einzelnen bestimmt. Diese Forderung ist solange aufrechtzuerhalten, als kein wirksamer Umbau des schweizerischen Bildungswesens die Gleichstellung der verschiedenen tertiären Ausbildungsgänge gewährleistet. Das geforderte Bundesgesetz über das höhere Bildungswesen ist abzustimmen auf die entsprechenden Gesetze für das Mittel- und Berufsschulwesen sowie auf ein Gesetz über die Weiterbildung.

Es ist offensichtlich, dass alle bisher aufgeführten planerischen und gesetzgeberischen Arbeiten eine angemessene Vorbereitungszeit erfordern. Die Dring-



### Der magistrale Brandstifter

«Die (ökonomischen Lehr-)Bücher, aus denen ich gelernt habe, die kann man verbrennen. Alles hat sich vollständig verändert. Das haben mir einige Professoren sehr übelgenommen. Um einen meiner üblichen boshafte Witze zu machen, könnte ich eigentlich sagen: Man kann die Bücher mitsamt den Professoren verbrennen...»

Der das sagt, ist nicht etwa ein besonders böser linker Student, sondern – der durchaus freisinnige Alt-Bundesrat Nello Celio. In einem sehr aufschlussreichen Gespräch mit der «Schweizer Illustrierten» (14. 1. 1974) äusserte der ehemalige Finanzchef als «Privatmann» Ansichten und Einsichten, von denen man wesentlich mehr profitiert hätte, wenn er sie schon als Bundesrat formuliert oder gar in die Tat umgesetzt hätte.

So etwa: «(Wirtschaftliche) Strukturveränderungen müssen auch durchgebracht werden, wenn sie auf Kosten

auf eine für die Zukunft tragfähige Lösung zu konzentrieren.

### Keine weitere Verlängerung des HFG

Der VSS fordert deshalb, schon heute die vom Bundesrat vorgesehene mindestens dreijährige zweite Beitragsperiode aufgrund des geltenden Hochschulförderungsgesetzes festzusetzen und bis zu deren Ablauf alles zu unternehmen, was die Voraussetzungen für den Erlass des geforderten Bundesgesetzes über das höhere Bildungswesen zu schaffen und dieses als Ablösung der Hochschulförderung durch den Bund in Kraft zu setzen.

Die Jahre 1975 bis 1977 dürfen keinesfalls dazu benützt werden, lediglich

### Vermehrte Unterstützung der kantonalen Hochschulen

Deshalb wiederholt der VSS seine Forderungen nach vermehrter Unterstützung der kantonalen Hochschulen durch den Bund über das Hochschulförderungsgesetz, das zur Zeit die einzige Möglichkeit darstellt, eine unerträgliche Situation noch einigermaßen erträglich zu gestalten.

Dies meint, dass National- und Ständerat aufgefordert sind, über die vom Bundesrat beantragten Grund- und Betriebsbeiträge hinauszugehen. Nur so kann kantonale Willkür bei gegenwärtiger Rechtslage und damit die Benachteiligung von Studenten aus Nicht-Hochschulkantonen wirksam verhindert werden.

Auch bei zusätzlichen, der Teuerung und den dringend notwendigen Wachstumsraten angepassten Leistungen des Bundes ist nicht auszuschliessen, dass infolge bisheriger planerischer Versagen in einzelnen Studienfächern absolute Zulassungsbeschränkungen in absehbarer Zeit erlassen werden müssen. Dies betrifft insbesondere das Fach Medizin.

Um diesem drohenden Numerus clausus nicht tatenlos zusehen zu müssen, fordert der VSS, in der zweiten Beitragsperiode des HFG zusätzliche, angemessene Beiträge zu bewilligen, die für rasche Kapazitätserweiterungen in Fächern eingesetzt werden können, die von Zulassungsbeschränkungen bedroht sind.

ein weiteres Subventionsgesetz für die Hochschulen auszuarbeiten. Ein solches Gesetz kann nicht mehr als gefährliches Stückwerk sein. Diese Meinung hat der VSS bereits im Oktober 1972 vertreten, als es darum ging, das inzwischen im Vernehmlassungsverfahren gehaltene «Hochschulgesetz» bis Anfang 1973 zu verabschieden. Wir schrieben damals:

«In der reichlich unbefriedigenden Situation, zwischen der Verlängerung eines an und für sich unbefriedigenden Gesetzes (HFG) und der Erarbeitung einer neuen gesetzlichen Regelung auf – infolge ungenügender Vorarbeit – unsicherer Grundlage wählen zu müssen, geben wir der ersten Lösung den Vorzug, freilich nur im Sinne einer relativ kurzfristigen Verlängerung von zwei bis drei Jahren. Zu diesem Entschluss hat uns nicht zuletzt die Tatsache bewegt, dass aufgrund der geltenden Regelung eine wirksame Entlastung der Kantone durch massive Erhöhung der Betriebsbeiträge durchaus im Bereich des Möglichen liegt.»

Diese unbefriedigende Situation ist trotz aller guten Vorsätze inzwischen nicht befriedigender geworden. Es muss heute sogar damit gerechnet werden, dass die Kantone je länger, je weniger in der Lage und gewillt sind, den erforderlichen Bedarf nach Studien- und Forschungskapazitäten abzudecken.

Allen: die in kräftig geförderten Mittelschulen ausgebildeten Gymnasialisten in zunehmender Zahl vor den Hochschülern: Sie müssen aufgenommen werden.

### Schlechtes Cabaret

Treu in den Stufen des Nationalrats sind an der Frühjahrsession die Ständeräten marschiert und haben sich mit 36 zu 0 Stimmen dafür ausgesprochen, dem Volk das «Lausanner Modell» (LM) zur Ablehnung zu empfehlen. Kein einziger der 12 Redner im Stöckli hat sich dazu erweichen lassen, sich für die vom VSS vor bald zwei Jahren eingereichte Initiative für eine rückzahlbare Ausbildungsfinanzierung einzusetzen.

Memoriale worum es bei ihm geht: sämtlichen volljährigen Personen, die sich in irgendwelcher Ausbildung (also nicht nur Hochschulstudium), sollte unabhängig von der finanziellen Situation ihrer Eltern ein Anspruch auf lebens- und studienkostendeckende Beiträge des Bundes gewährt werden. Die Beiträge würden aus einem Fonds bezahlt, der aus den Rückzahlungen früherer Bezüger sowie aus Beiträgen von Bund und Kantonen gespeist würde. Die Rückzahlung wäre zinslos, und niedrige Einkommen würden davon teilweise bis ganz entlastet.

An Eigengloss hat's in der ständerrätlichen Debatte nicht gefehlt, und man hat auch den ganzen Schatz urchig-naturwüchsiger Bauernweisheiten mobilisiert, um der studentischen Forderung nach einer besseren Studienfinanzierung die ihr gehörige rätliche Abfuhr zu erteilen.

Auf den einfachsten Nenner brachte es der Präsident der Vorberatenden Kommission, Amstad (cvp, Nidwalden), der feststellte, dass der politische Hintergrund einfach so ist, dass das Lausanner Modell nicht hineinpasst. Ein «konservativ-gemässigt Land» mit wenigen zurückgebliebenen Ständen könne doch nicht weitergehen als das fortschrittliche Schweden. Volk und Stände würden der Initiative nie zustimmen, wusste der rustige Innerschweizer weiter zu oraken. Was die Elternunabhängigkeit betreffe, so dürften nicht einzelne Konflikte zur Norm gemacht werden, meinte er, übersehe, dass man auch nicht ob einer idealisierten Familienidyll-Vorstellung die oft «wegas konfliktgeladenerer Realität» vergessen darf. Zu dieser Argumentation bekam er auch prominente schweizer Schützenhilfe von Ulrich (cvp, Schwyz), der mahnte: «Anstelle der Elternunabhängigkeit kommt damit nur die Staatsabhängigkeit.» Und bald waren sie schon zu dritt im Bunde, als Bundesrat Hürlimann sich beim Rat bedankte, dass er vor allem das Argument, dass die Elternunabhängigkeit der Studenten in die Staatsabhängigkeit führt, hervorgehoben hat.

Nicht viel rationaler nahm sich der Rest der Argumente aus: die Hochschülerstudenten würden vom LM privilegiert, meinte derselbe Ulrich, die Substanz der VSS-Initiative offensichtlich ignorierend. Dies führe nur zu einer Verweilung der Studenten, doppelte Heimann (ldu, Zürich) nach; der Antrag zu den Universitäten bedeutete vielfach Flucht aus der Arbeit. Unüberwindliche Argumente! Die Positionen von Akademikern besetzt, in denen gar keine nötig wären; die Wirtschaft vermisse vor allem qualifizierte Berufsleute. Damit hatte er ins

tet und gleichzeitig vehement verurteilt werden – eine Vergengheit übrigens, die es im Universitätsleben vor unserer Zeit noch nie gegeben hat!

Das um drei Jahre zu verlängernde Hochschulförderungsgesetz gibt dem Bund in beschränkter Mass die Möglichkeit, den Aufbau einer gesamt-schweizerischen Hochschulplanung voranzutreiben.

Der VSS fordert deshalb, dass alle Möglichkeiten der bestehenden Gesetzgebung ausgenutzt werden, um ein Planungsinstrumentarium für die schweizerischen Hochschulen zu institutionalisieren, das in der Lage ist, zunächst alle erforderlichen Daten zusammenzutragen und im Hinblick auf ein neues Gesetz über das höhere Bildungswesen und dessen Rahmenpläne aufzuarbeiten.

Die gegenwärtige Hochschulmiserie ist nur zum Teil eine finanzielle; zum andern Teil ist sie der Ausdruck völliger Planungsunfähigkeit und Planungsunwilligkeit. Hier gilt es abzuhelfen und günstige Startvoraussetzungen für die echte «Hochschule Schweiz» zu schaffen.

(1) Sozialdemokratische Partei der Schweiz: Vernehmlassung Hochschulförderungsgesetz. Vom 31. August 1973.

(2) Schweizerischer Wissenschaftsrat: Forschungsbericht. – Bern 1973, 2. Bde. Bd. 1, S. 41.

(3) Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Nationalrat, Herbstsession 1973, 2. Oktober 1973, S. 1368.

(4) Vgl.: ● Motion Barchi: Bildungsartikel der Bundesverfassung (5. März 1973); ● Motion Müller-Luzern: Neuer Bildungsartikel (25. Juni 1973); ● Motion Uchtenhagen: Bildungsartikel (19. September 1973);

Alle drei Vorstösse wurden am 2. Oktober 1973 vom Nationalrat als Postulate überwiesen. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Nationalrat, Herbstsession 1973, S. 1363 ff.

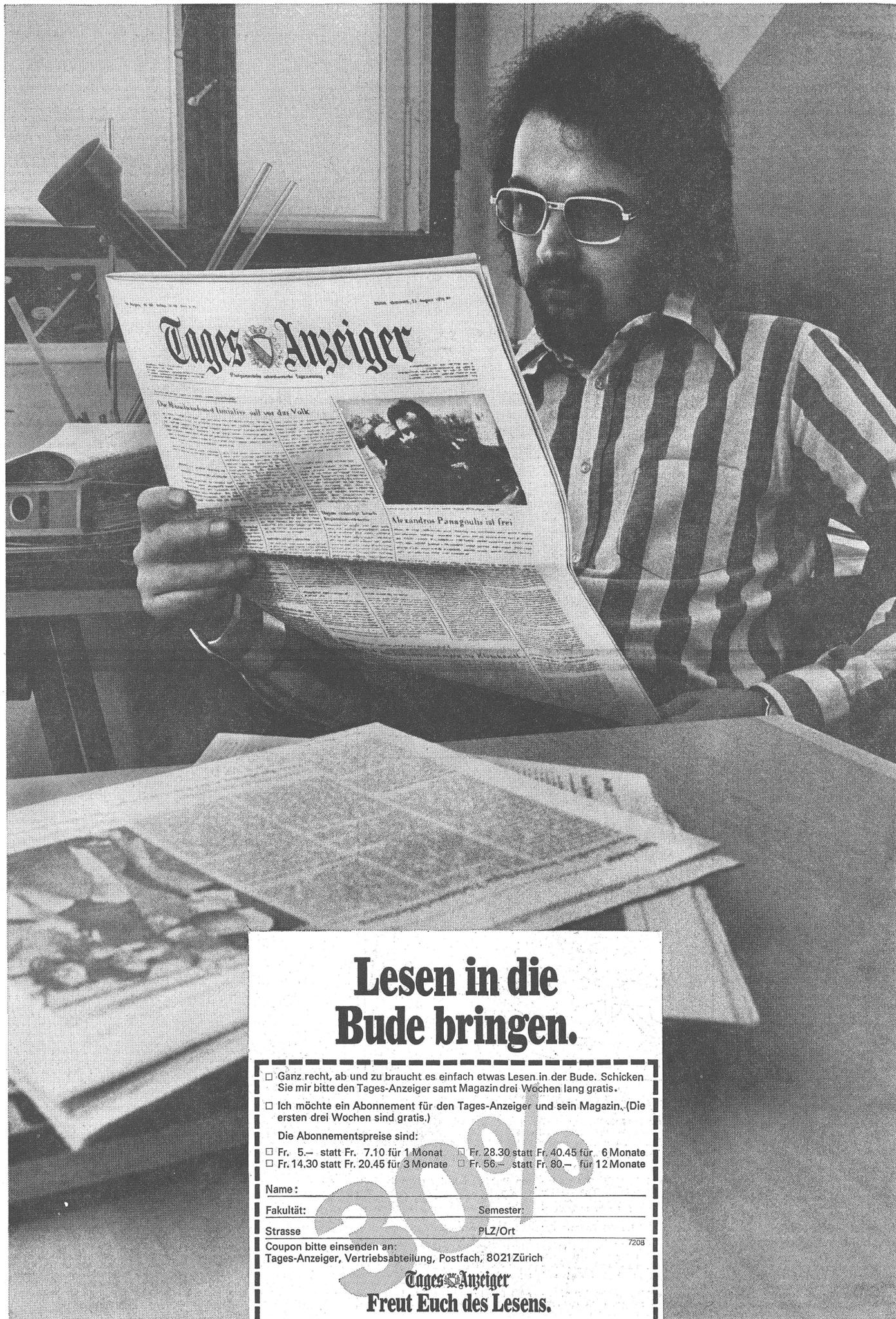
(5) VSS: Memorandum an die Mitglieder der Arbeitsgruppe für ein neues Hochschulgesetz, über die Zusammenfassung des Gesetzesentwurfes. Bern, 18. Oktober 1972, S. 9/10.

Schwarze getroffen, denn genau darum geht's im Grunde genommen, niemand hat hierzulande von Seiten der Wirtschaft grosses Interesse, dass mehr Leute als unbedingt nötig sich eine höhere Bildung aneignen. Denn Bildung ist nur so lange interessant, als sie sich kommerziell verwerten lässt. Dass sie für den einzelnen Menschen einen Emanzipationsfaktor bedeuten kann, will durch die Bilanzbrille nicht mehr durchdringen. Es kann also auch nicht erstaunen, dass im Zusammenhang mit dem LM laufend das Gespenst des akademischen Proletariats heraufbeschworen wird. So im Ständerat der Glarner Erziehungsdirektor Stucki: «Erstrebenswert wäre eine gewisse Steuerung. Wir wollen kein akademisches Proletariat.»

Zur Abrundung benötigte man noch das ganze Arsenal der bewährten Allerlei'sföskeln: schwer abschätzbar finanzielle Auswirkungen, Finanzknappheit, administrativer Aufwand. Finanzielle Mittel seien auch nicht der einzige Grund der Chancengleichheit (soweit einverstanden), da spiele auch die Vererbung und die Umwelt mit, holte Amstad aus, allen Ergebnissen der Sozialforschung zum Trotz, die die Einflusslosigkeit der Erbanlagen auf die Begabung zur Genüge nachgewiesen hat. FDP-Stände- und Multiverwaltungsrat Honegger (Zürich) agitierte seinerseits mit der düsteren Perspektive des Studentenlohns, den er hinter dem LM versteckt sieht, und versicherte, die Studenten hätten, laut Statistiken, keine Hemmnisse, Stipendien anzubekommen. Er muss es ja wissen mit seinen Einkommen! Auch wenn Statistiken darüber wirklich nichts aussagen können.

Der bullig-rechtsgeschmürte Waadtländer Erziehungsdirektor Pradervand (fdp.) brachte das Ganze auf den einfachsten Nenner: Wir haben, so fand er, heute eine ausgesprochene Chancengleichheit. Soweit war auch schon die Kommission mit ihm einiggegangen: mit der Ablehnung des LM sei das Problem nicht gelöst. Trotzdem sei es richtig, nicht einmal einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Sonderliche Logik! Die Studenten mögen sich mit einer Feststellung trösten; immerhin fand man im Stöckli eine gute Seite des LM: die Rückzahlbarkeit. Soweit würde es noch in unsere politische Landschaft passen.

Eine Folgerung muss man, wie Peter M. Wetter dies in der «National-Zeitung» tat, aus der parlamentarischen Debatte ziehen: «Eine bessere Ausbildungsfinanzierung würde Bildungs-schranken zum Bersten bringen, mehr Kinder aus unbemittelten Schichten würden versuchen, ihre Chancen wahrzunehmen, einen höheren Bildungsgrad zu erlangen und so zu grösserem sozialem Ansehen und zu höherem Einkommen zu gelangen. Solches ist freilich unerwünscht, denn je mehr Akademiker es gibt, desto billiger müssen diese ihre Haut zu Markte tragen.» Allein es ist, wie kürzlich ein Professor in einer bildungspolitischen Institution behauptete, nicht so tragisch, dass nur 6 Prozent Arbeiterkinder an einer Hochschule studieren, adenn es werden ja auch nicht mehr als 6 Prozent der Professorenkinder Arbeiter. Pierre Freimüller



## Lesen in die Bude bringen.

Ganz recht, ab und zu braucht es einfach etwas Lesen in der Bude. Schicken Sie mir bitte den Tages-Anzeiger samt Magazin drei Wochen lang gratis.

Ich möchte ein Abonnement für den Tages-Anzeiger und sein Magazin. (Die ersten drei Wochen sind gratis.)

Die Abonnementspreise sind:

Fr. 5.- statt Fr. 7.10 für 1 Monat     Fr. 28.30 statt Fr. 40.45 für 6 Monate  
 Fr. 14.30 statt Fr. 20.45 für 3 Monate     Fr. 56.- statt Fr. 80.- für 12 Monate

Name: \_\_\_\_\_

Fakultät: \_\_\_\_\_

Semester: \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Coupon bitte einsenden an:

Tages-Anzeiger, Vertriebsabteilung, Postfach, 8021 Zürich

7208

**Tages-Anzeiger**  
Freut Euch des Lesens.